



BIBLIOTHEK  
DES MARXISMUS-LENINISMUS

KARL MARX

KRITIK DES  
GOTHAER PROGRAMMS

MIT ANHANG  
UND ANMERKUNGEN

BESORGT VOM  
MARX-ENGELS-LENIN-INSTITUT  
MOSKAU  
UNTER REDAKTION  
VON W. ADORATSKI



RING-VERLAG A.G. / ZÜRICH I

A 96 - 03195

stengesetz zu stellen. Im übrigen ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Der Vorwärtsartikel rührt mich wenig<sup>119</sup>. Ich werde Liebknechts Geschichtserzählung<sup>120</sup> abwarten und dann wohl in möglichst freundschaftlichem Ton auf beide antworten. Im Vorwärtsartikel sind nur einige Unrichtigkeiten zu korrigieren (z. B. wir hätten die Einigung nicht gewollt, die Ereignisse hätten Marx unrecht gegeben usw.) und Selbstverständliches zu bestätigen. Mit dieser Antwort denke ich dann die Debatte meinerseits zu schließen, falls ich nicht durch neue Angriffe oder unrichtige Behauptungen zu weiterem genötigt werde.

Sage Dietz, ich sei an der Bearbeitung des „Ursprungs“<sup>121</sup>. Aber nun schreibt heute Fischer<sup>122</sup> und will auch drei neue Vorreden<sup>123</sup> haben!

Dein F. E.

LENIN UEBER DIE  
„KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS“

AUS DEM HEFT  
„DER MARXISMUS UEBER DEN STAAT“

(Januar—Februar 1917)

## BRIEF VON ENGELS AN BEBEL

Außerordentlich wichtig für die Frage des Staats ist der Brief von *Engels* an *Bebel* vom 18./28. III. 1875 (*Bebel*, „Aus meinem Leben“, Band II, S. 318 und folgende. Stuttgart. 1911. Vorwort vom 2. IX. 1911).

Die wichtigste Stelle lautet vollständig:

„Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. *Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war.* Der „Volksstaat“ ist uns von den Anarchisten bis zum Ueberdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift *Marx* gegen *Proudhon* und nachher das Kommunistische Manifest direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der „Staat“ doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer

NB

Unsinn, vom „freien Volksstaat“ zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht (von Engels hervorgehoben), gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt „Staat“ (von Engels hervorgehoben), „Gemeinwesen“ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische „Kommune“ sehr gut vertreten kann“ (S. 321—322).

Das ist bei Marx und Engels wohl die bedeutendste und sicherlich die schärfste Stelle, sozusagen „gegen den Staat“.

- NB
- NB
- (1) „Man soll das ganze Gerede vom Staat fallen lassen.“
  - (2) „Die Kommune war schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“ (Was denn sonst? Offenbar die Uebergangsform vom Staat zum Nichtstaat!)
  - (3) Die Anarchisten haben uns zur Genüge den „Volksstaat“ „in die Zähne geworfen“. (Marx und Engels schämten sich also dieses offenbaren Fehlers ihrer deutschen Freunde; — sie hielten ihn jedoch, und unter den damaligen Verhältnissen natürlich mit Recht, für einen unvergleichlich weniger wichtigen Fehler als den Fehler der Anarchisten. Das NB!)
  - (4) Der Staat „zersetzt sich von selbst („löst sich auf“) Note bene und verschwindet“ (siehe später: „stirbt ab“) mit

- Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ . . .
- (5) Der Staat ist eine „vorübergehende Einrichtung“, die man „im Kampf, in der Revolution“ braucht . . . (die selbstverständlich das Proletariat braucht) . . .
  - (6) Den Staat braucht man nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung der Gegner des Proletariats.
  - (7) Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben.

Gewöhnlich hält man die Begriffe „Freiheit“ und „Demokratie“ für identisch und gebraucht häufig den einen an Stelle des anderen. Gerade so denken sehr häufig die Vulgärmarxisten (an ihrer Spitze Kautsky, Plechanow und Co.). In Wirklichkeit schließt die Demokratie die Freiheit aus. Die Dialektik (der Gang) der Entwicklung ist folgende: vom Absolutismus zur bürgerlichen Demokratie; von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen; von der proletarischen zu keinerlei

- (8) „Wir“ (d. h. Engels und Marx) würden vorschlagen, „überall“ (im Programm) statt „Staat“ — „Gemeinwesen“, „Kommune“ zu sagen!!!

Daraus ersieht man, wie nicht nur die Opportunisten, sondern auch Kautsky Marx und Engels versimpelt, besudelt haben.

Die Opportunisten haben keinen einzigen von diesen 8 überaus reichen Gedanken begriffen!!

Sie nahmen nur die praktische Notwendig-

keit der Gegenwart: die Ausnutzung des politischen Kampfes, die Ausnutzung des heutigen Staates zur Schulung, Erziehung des Proletariats, zum „Abringen von Zugeständnissen“. Das ist richtig (gegen die Anarchisten), aber das ist nur  $\frac{1}{100}$  des Marxismus, wenn man sich so arithmetisch ausdrücken darf.

Kautsky hat in seiner propagandistischen und überhaupt publizistischen Tätigkeit die Punkte 1, 2, 5, 6, 7, 8 und Marx' „Zerschlagung“ (in der Polemik mit Pannekoek 1912 oder 1913 (siehe weiter unten S. 45—47) vollständig veruscht (oder vergessen? oder nicht begriffen?). Kautsky ist in dieser Frage bereits ganz in Opportunismus verfallen.

Von den Anarchisten trennt uns ( $\alpha$ ) die Ausnutzung des Staats jetzt und ( $\beta$ ) während der Revolution des Proletariats („Diktatur des Proletariats“) — Fragen von größter Wichtigkeit für die Praxis, jetzt gleich. (Gerade diese Fragen hat auch Bucharin vergessen!)

Von den Opportunisten die tieferen, „unvergänglicheren“ Wahrheiten vom ( $\alpha\alpha$ ) „vorübergehenden Charakter des Staates, vom ( $\beta\beta$ ) Schaden des „Geredes“ über ihn jetzt, vom ( $\gamma\gamma$ ) dem nicht ganz staatlichen Charakter der Diktatur des Proletariats, vom ( $\delta\delta$ ) dem Widerspruch zwischen Staat und Freiheit, vom ( $\epsilon\epsilon$ ) der richtigeren Idee (dem Begriff, programmatischen Terminus) des „Gemeinwesens“ statt des Staats, vom ( $\zeta\zeta$ ) der „Zerschlagung“ der bürokratisch-militärischen Maschine. Man darf auch nicht vergessen, daß die Diktatur des Proletariats von den offenen Opportunisten in Deutschland (Bernstein, Kolb u. a.) direkt, vom offiziellen Programm und Kautsky aber indi-

rekt abgelehnt wird, indem man sie in der tagtäglichen Agitation totschweigt, das Renegatentum der Kolb und Konsorten duldet.

An Bucharin VIII. 1916 geschrieben: „Laß deine Gedanken über den Staat ausreifen.“ Er aber ließ sie nicht ausreifen, kroch in die Presse als „Nota bene“ und tat das so, daß er, anstatt die Kautskyaner zu entlarven, ihnen mit seinen Fehlern half!! Im Grunde genommen kommt aber Bucharin der Wahrheit näher als Kautsky.

„Neue Zeit“ XIX, 1 (1900—1901) (Nr. 26, 27. III. 1901), S. 804: M. Beer über den Niedergang Englands nebst Bemerkungen über dessen Imperialismus, Verfaulung und über den Imperialismus anderer Länder. — —

NB

— (NB) Derselbe: „Sozialer Imperialismus“, „Neue Zeit“, XX, 1 (1901—1902), S. 209 und folgende (Fabier) und „Die gegenwärtige Lage des Trade Unionismus“, ebenda, S. 43 (NB) („Imperialistisch-soziale Ära“).

XIX, 2, S. 197: Artikel Walters über den „russischen Imperialismus“ . . . ((von Peter I. bis China im XX. Jahrhundert)).

#### MARX: „KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS“

Brief von Engels an Bebel vom 28. III. 1875. Brief von Marx an Bracke mit Kritik des Gothaer Programms, über einen Monat später abgefaßt. 5. V. 1875 („Neue Zeit“ IX, 1; 1891) (1890—1891. Nr. 18).

Auf den ersten Blick scheint Marx in diesem Brief viel mehr „Staatsmensch“ zu sein — wenn

es erlaubt ist, diesen trivialen Ausdruck unserer Gegner zu gebrauchen — als Engels.

Engels schlägt vor (1), überhaupt nicht vom Staat zu reden; (2) dieses Wort durch „Gemeinwesen“ zu ersetzen; (3) erklärt sogar von der Kommune (d. h. der „Diktatur des Proletariats“), daß sie „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“, bei Marx aber keine Silbe darüber, sondern im Gegenteil, er spricht sogar von dem „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“ (| („Neue Zeit“ IX, 1, S. 573).

Auf den ersten Blick erweckt es den Eindruck eines banalen Widerspruchs, der Konfusion oder Meinungsverschiedenheit! Aber nur auf den ersten Blick.

Die entscheidende Stelle (über diese Frage) aus dem Brief von Marx lautet vollständig:

„Die ‚heutige Gesellschaft‘ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalterlichem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der ‚heutige Staat‘ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. Der ‚heutige Staat‘ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In die-

sem Sinne kann man von ‚heutigem Staatswesen‘ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden! In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Worte Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats (hervorgehoben von Marx) (S. 572—573).

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.“

Es ist klar, daß das ein Vorwurf ist; das geht aus folgendem Satz hervor: das Programm hat es mit der alten demokratischen Litanei „zu tun“, nicht aber mit den Fragen der revolutionären Diktatur des Proletariats und dem Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft. . .

NB

„Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes“ . . . (S. 573)

(Diese Forderungen seien bereits „realisiert“ — nur nicht im deutschen Staat, sondern in anderen, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten. Diese Forderungen seien nur in einer demokratischen Republik am Platze. Das Programm fordere nicht die Republik, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und Louis Napoleon taten, — das kann man in Deutschland nicht, also habe es keinen Sinn, vom Militärdespotismus Dinge zu verlangen, die nur in einer demokratischen Republik am Platze seien . . . selbst die Vulgärdemokratie „steht noch berg hoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten“.)

In diesen Worten hat Marx gleichsam die ganze Trivialität des Kautskyanertums vorausgesehen: süßliche Reden über alle möglichen guten Dinge, die auf eine Schönfärbung der Wirklichkeit hinauslaufen, denn die Unvermeidlichkeit von demokratischem Frieden und Imperialismus, Demokratie und Monarchie usw. wird vertuscht oder bleibt im Dunkeln.

sehr  
gut  
(und sehr  
wichtig)

Also, die Diktatur des Proletariats ist „eine politische Uebergangsperiode“; es ist klar, daß auch der Staat dieser Periode ein Uebergang vom Staat zum Nichtstaat ist, d. h. „kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“. In dieser Frage besteht also keineswegs ein Widerspruch zwischen Marx und Engels.

Aber Marx spricht weiter von dem „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“!! Also wird es sogar in der kommunistischen Gesellschaft ein Staatswesen geben!! Besteht hier nicht ein Widerspruch?

Nein: I — in der kapitalistischen Gesellschaft Staat im eigentlichen Sinne

Den Staat braucht die Bourgeoisie

II — Uebergang (Diktatur des Proletariats) Staat vom Uebergangstypus (kein Staat im eigentlichen Sinne)

Den Staat braucht das Proletariat

III — kommunistische Gesellschaft: Absterben des Staates

Der Staat wird nicht gebraucht, er stirbt ab

Absolute Folgerichtigkeit und Klarheit!!

Anders:

I — Demokratie lediglich als Ausnahme, niemals vollständig

I — Demokratie nur für die Reichen und für eine kleine Schicht des Proletariats [Für die Armen kommt sie nicht in Frage].

- II — Fast vollständige Demokratie, nur durch die Unterdrückung des Widerstandes der Bourgeoisie begrenzt
- III — Wirklich vollständige Demokratie, die zur Gewohnheit wird und deshalb abstirbt . . . Vollständige Demokratie ist gleich keinerlei Demokratie. Das ist kein Paradoxon, sondern Wahrheit!
- II — Demokratie für die Armen, für  $\frac{9}{10}$  der Bevölkerung, gewaltsame Unterdrückung des Widerstandes der Reichen
- III — Vollständige Demokratie, die zur Gewohnheit wird und deshalb abstirbt, die dem Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ Platz macht.

Siehe S. 19 Rand \*

Von der Frage des Staats handelt auch eine sehr wesentliche Stelle in der Kritik des Gothaer Programms, in der eine ökonomische Analyse der künftigen Gesellschaft gegeben wird:

Marx kritisiert hier (S. 565—567) die Idee Lassalles vom „unverkürzten Arbeitsertrag“, zeigt die Notwendigkeit des Abzugs für den Fonds zur Deckung des verbrauchten Teils der Produktionsmittel, für den Reservefonds, die Ausgaben für die Verwaltung, die Schulen, die Gesundheitseinrichtungen usw. und fährt fort:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen

NB

der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds) und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleichviel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück“ (S. 566).

„In das Eigentum der einzelnen kann nichts übergehen, außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleichviel Arbeit in einer Form gegen gleichviel Arbeit in einer anderen umgetauscht“ (S. 567). Dieses gleiche Recht setzt die Ungleichheit voraus, die tatsächliche Ungleichheit, die Ungleichheit der Menschen, denn der eine ist stark, der andere schwach usw. (die Individuen „wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären“ (S. 567), — der eine wird mehr als der andere bekommen.

NB

\* Siehe Seite 64. Die R/L.

Also:  
 I. „lange  
 Geburts-  
 wehen“  
 II. „erste  
 Phase der  
 kommuni-  
 stischen  
 Gesell-  
 schaft“  
 III. „höhere  
 Phase der  
 kommunisti-  
 schen Gesell-  
 schaft“

„Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der *ersten Phase* der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“

NB

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der *enge bürgerliche Rechtshorizont* ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (S. 567.)

NB

Hier werden also klar, deutlich, präzise, zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft unterschieden:

Die *niedere* („erste“) — Verteilung der Konsumtionsmittel „proportional“ dem Arbeitsquantum, das jeder der Gesellschaft liefert. Die Ungleichheit der Verteilung ist noch stark. Der „enge bürgerliche Rechtshorizont“ ist noch nicht ganz überschritten. Das *NB!!* Mit dem (halbbürgerlichen) Recht wird offenbar auch der (halbbürgerliche) Staat noch nicht ganz verschwinden. Das *Nota Bene!!*

Ebenfalls eine Form d. Zwangs: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“

NB

Die „*höhere*“ — „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Wann ist das möglich? Wenn (1) der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; (2) die Arbeit das *erste Lebensbedürfnis* wird (NB: die Gewohnheit zu arbeiten wird zur Regel, ohne Zwang!); (3) die Produktivkräfte sich mächtig entwickeln werden usw. Es ist klar, daß das *völlige Absterben des Staates* nur auf dieser höheren Stufe möglich ist. Das NB.

Die Arbeit ist zu einem Bedürfnis geworden, es besteht keinerlei Zwang

#### BRIEF VON ENGELS 1875

In dem Brief Engels' an Bebel vom 18./28. III. 1875 sind noch besonders lehrreiche Stellen enthalten, die gewisse Seiten des Marxismus klarer als sonst beleuchten:

(1) . . . „Zuerst nimmt man (im Gothaer Programm) die großtönende, aber historisch falsche Lassallesche Phrase an: gegenüber der Arbeiterklasse seien alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse. Dieser Satz ist nur in einzelnen Ausnahmefällen wahr, z. B. in einer Revolu-

NB

(wie in der Schweiz)

tion des Proletariats, wie die Kommune, oder in einem Land, wo nicht nur die Bourgeoisie Staat und Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet hat, sondern auch schon nach ihr das demokratische Kleinbürgertum diese Umbildung bis auf ihre letzten Konsequenzen durchgeführt hat (S. 319). (In Deutschland seid ihr doch „jahrelang“ mit der Volkspartei zusammengegangen, und 7 politische Forderungen stellt ihr auf, „von denen keine einzige, die nicht bürgerlich- (hervorgehoben von Engels) demokratisch“.)

NB

(2) . . . „Fünftens ist von der Organisation der Arbeiterklasse als Klasse vermittle der Gewerksgenossenschaften gar keine Rede. Und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, denn dies ist die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats, in der es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult und die heutzutage bei der schlimmsten Reaktion (wie jetzt in Paris) plattendings nicht mehr kaputt zu machen ist. Bei der Wichtigkeit, die diese Organisation auch in Deutschland erreicht, wäre es unserer Ansicht nach unbedingt notwendig, ihrer im Programm zu gedenken und ihr womöglich einen Platz in der Organisation der Partei offen zu lassen“ (S. 321).

sel

NB

(3) . . . „Ebenso fehlt (im Programm) die erste Bedingung aller Freiheit: daß alle Beamten für alle ihre Amtshandlungen jedem Bürger gegenüber vor den gewöhnlichen Gerichten und nach gemeinem Recht verantwortlich sind“ (S. 321.)

NB

(4) . . . „Beseitigung aller sozialen und poli-

tischen Ungleichheit“ — ist auch eine sehr bedenkliche Phrase statt: „Aufhebung aller Klassenunterschiede“. Von Land zu Land, von Provinz zu Provinz, von Ort zu Ort sogar wird immer eine gewisse Ungleichheit der Lebensbedingungen bestehen, die man auf ein Minimum reduzieren, aber nie ganz beseitigen können wird. Alpenbewohner werden immer andere Lebensbedingungen haben als Leute des flachen Landes. Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der Gleichheit ist eine einseitige französische Vorstellung, anlehend an das alte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, eine Vorstellung, die als Entwicklungsstufe ihrer Zeit und ihres Ortes berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollte, da sie nur Verwirrung in den Köpfen anrichten und präzisere Darstellungsweisen der Sache gefunden sind“ (S. 322).

(5) Bakunin in seiner Schrift „Politik und Anarchie“ macht uns für jedes „unüberlegte Wort“ Liebknechts verantwortlich. . . . (S. 322—323).

NB

„unüberlegtes Wort“ Liebknechts

(6) „Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an als auf das, was sie tut. Aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgefahrene Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei“ (Seite 323) . . .

Bebel antwortete Engels am 21. IX. 1875 unter anderem: „Mit dem Urteil, das Sie über die Programmvorlage fällten, stimme ich, wie das auch Briefe von mir an Bracke

NB  
Aha! Aha!

beweisen, vollkommen überein (S. 334 bis 335). Ich habe auch Liebknecht über seine Nachgiebigkeit heftige Vorwürfe gemacht . . . aber nachdem einmal das Malheur geschehen, . . . ist das Ganze eine Erziehungsfrage.“

Daß Bebel selbst ein wenig früher alle diese verworrenen Ansichten über den „Volksstaat“ teilte, beweist seine Broschüre „Unsere Ziele“ (9. Auflage, 1886, unveränderter Nachdruck der 3. Auflage von 1872), Seite 14: „Der Staat soll also aus einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat in einen Volksstaat verwandelt werden . . . und in diesem Staat soll die genossenschaftliche Produktion an Stelle der einzelnen Privatunternehmungen treten.“ Und ebendort auf Seite 44 empfiehlt er sowohl Marx als auch Lassalle! Neben- einander! Den Unterschied zwischen ihnen in der Frage des Staats sah Bebel damals nicht.

#### MARX: „DAS ELENDE DER PHILOSOPHIE“

Die Stelle im „Elend der Philosophie“ (S. 182), von der Engels im Brief vom 18./28. III. 1875 spricht (siehe oben S. 13 [75]) — ist offenbar folgende:

„Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegengesatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist“ („Elend

NB

der Philosophie“, (S. 182, Stuttgart, 1885). (Das Vorwort ist datiert: 15. VI. 1847.)

#### DAS „KOMMUNISTISCHE MANIFEST“ UEBER DEN STAAT

Im „Kommunistischen Manifest“ (XI. 1847) wird dieser Gedanke so ausgedrückt:

„Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder weniger versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, an dem eine offene Revolution ausbrach, die den gewaltsamen Sturz der herrschenden Klasse (des Proletariats) und die Errichtung seiner Herrschaft (des Proletariats) über das Kapital.“

Am Ende des II. Kapitels (S. 37, lesen wir:

„. . . Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiter-Revolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.“

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren.“

NB:  
Kommunistisches Manifest:  
„Der Staat, d. h. das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“

„Staat“, d. h. das als herrschende Klasse organisierte Proletariat

NB:  
„despotische  
Eingriff“

„Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittels *despotischer Eingriffe* in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“

Und nach Aufzählung der „Maßregeln“ (§§ 1—10)\* fahren die Verfasser fort:

„die  
öffentliche  
Gewalt  
verliert  
den politi-  
schen  
Charakter“

„Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf ... Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.“

\* Zu diesen Maßregeln (§§ 1, 5, 6) ist überall einfach vom „Staat“ die Rede, z. B. „Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats“.

Das „Kommunistische Manifest“ spricht von der „Arbeiter-Revolution“, der „kommunistischen Revolution“, der „proletarischen Revolution“. Der Terminus „Diktatur des Proletariats“ ist offenbar noch nicht da. Aber es ist augenscheinlich, daß die Erhebung des Proletariats zur „herrschenden Klasse“, seine „Organisation als herrschende Klasse“, sein „despotischer Eingriff in das Eigentumsrecht“ usw., eben die „Diktatur des Proletariats“ ist ...

„Der Staat, d. h. das als herrschende Klasse organisierte Proletariat — das eben ist die Diktatur des Proletariats.“

NB

AUS DEM BUCH  
STAAT UND REVOLUTION

(August—September 1917)

IV. Kapitel

ERGÄNZENDE ERLÄUTERUNGEN VON ENGELS

3. Ein Brief an Bebel

Eine der bemerkenswertesten, wenn nicht die bemerkenswerteste Betrachtung in den Werken von Marx und Engels über den Staat ist folgende Stelle in einem Brief von Engels an Bebel vom 18—28. März 1875. Dieser Brief ist, nebenbei bemerkt, unseres Wissens zum erstenmal von Bebel im zweiten Band seiner Memoiren („Aus meinem Leben“) veröffentlicht worden, die 1911 erschienen sind, d. h. sechsunddreißig Jahre nach erfolgter Niederschrift und Absendung.

Engels kritisierte jenen selben Entwurf des Gothaer Programms, den auch Marx in dem berühmten Brief an Bracke kritisiert hat, und schrieb an Bebel speziell zur Frage des Staates das folgende:

„... Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Ueberdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das kommunistische Manifest direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der ‚Staat‘ doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten so ist es purer Unsinn vom ‚freien Volksstaat‘ zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf, zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt ‚Staat‘ ‚Gemeinwesen‘ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische ‚Kommune‘ sehr gut vertreten kann.“ (S. 321 und 322 der deutschen Ausgabe.)

Man muß im Auge behalten, daß dieses Schreiben sich auf das Parteiprogramm bezieht, das Marx in einem nur wenige Wochen später geschriebenen Briefe (datiert vom 5. Mai 1875) kritisiert hat, und daß Engels damals mit Marx zusammen in London lebte. Wenn also Engels im letzten Satz „wir“ sagt, so empfiehlt er zweifellos in seinem und Marx' Namen dem Führer der deutschen Arbeiterpartei, das Wort „Staat“ aus dem Programm zu streichen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen.

Welches Geheul über „Anarchismus“ würden die Häuptlinge des jetzigen, für die Opportunisten gebrauchsfähig zurechtgemachten „Marxismus“ erheben, wenn man ihnen eine solche Verbesserung des Programms vorgeschlagen hätte!

Mögen Sie heulen. Dafür wird die Bourgeoisie sie loben.

Wir aber werden unser Werk weiter tun. Bei der Revision unseres Parteiprogramms muß man unbedingt den Rat von Engels und Marx berücksichtigen, um der Wahrheit näherzukommen, um den Marxismus wiederherzustellen, indem man ihn von den Fälschungen reinigt, um den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung richtiger zu leiten. Unter den Bolschewiki werden sich gewiß keine Gegner des Ratschlages von Engels und Marx finden. Die Schwierigkeit dürfte wohl nur in der Terminologie liegen. Im Deutschen gibt es zwei Wörter: „Gemeinde“ und „Gemeinwesen“, von denen Engels dasjenige wählte, das nicht eine einzelne Gemeinde, sondern ihre Gesamtheit, ein System von Gemeinden, bedeutet. Im Russischen ist ein solches Wort nicht vorhanden, und man wird sich vielleicht für das französische Wort „Kommune“ entscheiden müssen, obgleich auch diese Bezeichnung ihre Mängel hat.

„Die Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“ — das ist die wichtigste theoretische Behauptung von Engels. Nach dem oben Dargelegten ist diese Behauptung durchaus begreiflich. Die Kommune hörte auf, ein Staat zu sein, insofern sie nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte; die bürgerliche Staatmaschine wurde von ihr zerschlagen; an Stelle

einer besonderen Repressionsgewalt trat die Bevölkerung selbst in den Vordergrund. Alles das sind Abweichungen vom Staat im eigentlichen Sinne. Und hätte sich die Kommune gefestigt, so wären in ihr die Spuren des Staates von selbst „abgestorben“, sie hätte seine Institutionen nicht „abzuschaffen“ brauchen: sie hätten in dem Maße aufgehört zu funktionieren, wie sie nichts mehr zu tun gehabt hätten.

„Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Ueberdruß in die Zähne geworfen worden“, sagt Engels und meint in erster Linie Bakunin und dessen Angriffe auf die deutschen Sozialdemokraten. Engels erkennt diese Angriffe soweit für berechtigt an, als der „Volksstaat“ ein ebensolcher Unsinn und ein ebensolches Abweichen vom Sozialismus bedeutet wie der „freie Volksstaat“ auch. Engels ist bemüht, den Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die Anarchisten zu verbessern, diesen Kampf prinzipiell richtig zu gestalten, ihn von den opportunistischen Vorurteilen in bezug auf den „Staat“ zu reinigen. Vergeltens! Engels' Brief hat sechswundredrig Jahre lang in einer Schreibstischschublade gelegen. Wir werden weiter unten sehen, daß Kautsky auch nach Veröffentlichung dieses Briefes im wesentlichen die gleichen Fehler hartnäckig wiederholt, vor denen Engels gewarnt hat.

Bebel antwortete Engels in einem Schreiben vom 21. September 1876, in dem er u. a. schrieb, daß er mit seinem Urteil über die Programmvorlage „vollkommen übereinstimme“ und daß er Liebknecht wegen seiner Nachgiebigkeit Vorwürfe gemacht habe (Bebel: „Aus meinem Leben“, 2. Teil, S. 334). Nimmt man jedoch Bebel's Broschüre „Unsere Ziele“ zur Hand, so findet man in ihr vollkommen falsche Betrachtungen über den Staat:

„Der Staat soll aus einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat in einen Volksstaat verwandelt werden.“ („Unsere Ziele“, Ausgabe von 1896, S. 14.)

So zu lesen in der neuesten (achtund) Auflage der Bebel'schen Broschüre! Kein Wunder, daß eine so hartnäckige Wiederholung der opportunistischen Klammern den Staat

der deutschen Sozialdemokratie in Fleisch und Blut übergang, besonders da die revolutionären Erläuterungen von Engels verborgen gehalten wurden und die ganzen Umstände des alltäglichen Lebens für lange Zeit dem revolutionären Denken ungünstig waren.

## V. Kapitel

DIE ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN FÜR DAS  
ABSTERBEN DES STAATES

Am ausführlichsten erörtert Marx diese Frage in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (Brief an Bracke vom 5. Mai 1875, veröffentlicht erst 1891 in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 9, Band 1, in russischer Sprache in einer besonderen Ausgabe erschienen). Der polemische Teil dieses bedeutsamen Werkes, der eine Kritik des Lassalleantertums gibt, hat seinen positiven Teil sozusagen in den Schatten gestellt, nämlich: die Analyse des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des Kommunismus und dem Absterben des Staates.

## 1. Die Fragestellung bei Marx

Bei einem oberflächlichen Vergleich des Briefes von Marx an Bracke vom 5. Mai 1875 mit dem früher erwähnten Briefe von Engels an Bebel vom 28. März 1875 könnte es scheinen, als wäre Marx viel mehr „Staatsmensch“ als Engels und als bestünde zwischen den Ansichten der beiden Verfasser über den Staat ein erheblicher Unterschied.

Engels empfiehlt Bebel, das ganze Gerede vom Staate überhaupt fallen zu lassen, das Wort „Staat“ ganz aus dem Programm zu entfernen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen; Engels erklärt sogar, daß die Kommune kein Staat im eigentlichen Sinne mehr gewesen sei. Marx dagegen spricht sogar vom „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“, d. h. er erkennt scheinbar die Notwendigkeit des Staates selbst unter dem Kommunismus an.

Eine solche Auffassung wäre jedoch grundfalsch. Eine nähere Betrachtung ergibt, daß die Ansichten von Marx und Engels

über den Staat und dessen Absterben sich durchaus decken, und daß der vorerwähnte Ausdruck von Marx sich gerade auf diesen absterbenden Staat bezieht.

Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes des künftigen „Absterbens“ keine Rede sein kann, um so mehr, als es sich selbstverständlich um einen langen Prozeß handeln wird. Der scheinbare Unterschied zwischen Marx und Engels erklärt sich aus der Verschiedenheit der Gegenstände, die sie behandelten, der Aufgaben, die sie sich gestellt hatten. Engels stellte sich die Aufgabe, Bebel anschaulich, scharf, in großen Zügen, den ganzen Unsinn der landläufigen (und von Lassalle geteilten) Vorurteile in bezug auf den Staat nachzuweisen. Marx streift diese Frage nur nebenbei; ihn interessiert ein anderes Thema: die Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft.

Die ganze Theorie von Marx ist eine Anwendung der Entwicklungstheorie — in ihrer konsequentesten, vollkommensten, durchdachtsten und inhaltreichsten Form — auf den modernen Kapitalismus. Naturgemäß entstand für Marx die Frage der Anwendung dieser Theorie auch auf den bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus und die künftige Entwicklung des künftigen Kommunismus.

Auf Grund welcher Unterlagen kann aber die Frage nach der künftigen Entwicklung des künftigen Kommunismus gestellt werden?

Auf Grund der Tatsache, daß er aus dem Kapitalismus hervorgeht, sich historisch aus dem Kapitalismus entwickelt, das Resultat der Wirkungen einer gesellschaftlichen Kraft ist, die der Kapitalismus erzeugt hat. Bei Marx findet sich auch nicht die Spur eines Versuches, Utopien zu konstruieren, in der blauen Luft herumzuraten über Dinge, die man nicht kennen kann. Marx stellt die Frage des Kommunismus so, wie der Naturforscher sie in bezug auf, sagen wir, eine neue biologische Abart stellen würde, wenn ihm bekannt wäre, daß sie so und so entstanden ist und sich in der und der bestimmten Richtung modifiziert.

Marx beseitigt vor allem die Konfusion, die durch das Gothaer

Programm in die Fragen nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft hineingetragen wird.

„Die ‚heutige Gesellschaft‘ ist die kapitalistische Gesellschaft — schreibt er —, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalterlichem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der ‚heutige Staat‘ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. ‚Der heutige Staat‘ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von ‚heutigem Staatswesen‘ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Worte Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.“

Indem Marx also alles Gerede vom „Volksstaat“ verspottet, gibt er die Fragestellung und hebt gewissermaßen warnend hervor, daß man bei wissenschaftlicher Beantwortung der Frage nur mit feststehenden wissenschaftlichen Tatsachen operieren dürfe.

Das erste, was die ganze Entwicklungstheorie, was die gesamte Wissenschaft überhaupt ganz genau festgestellt hat — was die Utopisten vergessen haben und die jetzigen Opportunisten, die sich vor der sozialistischen Revolution fürchten, vergessen — ist der Umstand, daß es geschichtlich zweifellos ein besonderes Stadium oder eine besondere Etappe des Ueberganges vom Kapitalismus zum Kommunismus geben muß.

## 2. Der Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft — fährt Marx fort — liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Diese Schlussfolgerung beruht bei Marx auf der Analyse der

Rolle, die das Proletariat in der modernen kapitalistischen Gesellschaft spielt, auf den Tatsachen der Entwicklung dieser Gesellschaft und der Unversöhnlichkeit des Interessengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Vorher wurde die Frage so gestellt: das Proletariat muß, um seine Befreiung durchzusetzen, die Bourgeoisie stürzen, die politische Macht erobern und seine revolutionäre Diktatur errichten.

Jetzt wird die Frage etwas anders gestellt: der Uebergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich in der Richtung zum Kommunismus entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft, ist unmöglich ohne eine „politische Uebergangsperiode“, und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein.

Wie verhält sich nun diese Diktatur zur Demokratie?

Wir haben gesehen, daß das „Kommunistische Manifest“ einfach zwei Begriffe: „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ und „Erkämpfung der Demokratie“ nebeneinander stellt. Auf Grund alles oben Gesagten läßt sich genauer bestimmen, wie sich die Demokratie beim Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus verändert.

In der kapitalistischen Gesellschaft, ihre günstigste Entwicklung vorausgesetzt, haben wir eine mehr oder weniger vollständige Demokratie in der demokratischen Republik. Diese Demokratie ist jedoch stets in den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung gepreßt und bleibt daher im Grunde genommen stets eine Demokratie für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen. Die Freiheit der kapitalistischen Gesellschaft bleibt immer ungefähr dieselbe, wie sie in den griechischen Republiken des Altertums war: Freiheit für die Sklavenhalter. Die modernen Lohnsklaven bleiben vermöge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Elend bedrückt, daß sie andere Sorgen haben als „Demokratie“ und „Politik“, so daß bei dem gewöhnlichen friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen bleibt.

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird am anschaulichsten vielleicht durch Deutschland bestätigt, da gerade in diesem Staate die verfassungsmäßige Legalität sich erstaunlich lange und stabil, nahezu ein halbes Jahrhundert (1871—1914) erhalten und die Sozialdemokratie es verstanden hat, in dieser Zeit viel mehr als in anderen Ländern die „Legalität auszunutzen“ und einen so großen Teil der Arbeiterschaft in einer politischen Partei zu organisieren, wie sonst nirgends in der Welt.

Wie groß ist nun dieser höchste in der kapitalistischen Gesellschaft je beobachtete Anteil der politisch zielbewußten und aktiven Lohnsklaven? Eine Million Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei — von fünfzehn Millionen Lohnarbeitern! Drei Millionen gewerkschaftlich Organisierte — von fünfzehn Millionen!

Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen — das ist der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft. Betrachtet man den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer, so erblickt man allüberall, in den „geringfügigen“, angeblich „geringfügigen“ Einzelheiten des Wahlrechts (Ansässigkeitszensus, Ausschließung der Frauen usw.) wie in der Technik der Vertretungskörperschaften, in den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechtes (die öffentlichen Gebäude sind nicht für die „Bettler“ da) wie in der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse usw. usw. — überall wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen der Demokratie. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Behinderungen für die Armen erscheinen gering, besonders demjenigen, der selbst nie Not gekannt hat und mit den geknechteten Klassen in ihrem Massenleben nicht in Berührung gekommen ist (und das trifft für neun von zehn, wenn nicht gar für neunundneunzig von hundert bürgerlichen Publizisten und Politikern zu) — aber zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen die Ausschließung, die Verdrängung der Habenichtse von der Politik, von der aktiven Beteiligung an der Demokratie.

Marx hat dieses Wesen der kapitalistischen Demokratie

glänzend erfaßt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte: den geknechteten Klassen wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse im Parlament sie ver- und zertreten soll!

Aber von dieser kapitalistischen, unvermeidlich engen, die Armen im stillen zurückstoßenden und daher durch und durch heuchlerischen und lügenhaften Demokratie führt die weitere Entwicklung nicht einfach, gerade und glatt zu einer „immer größeren Demokratie“, wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten es darzustellen beliebten. Nein. Die weitere Entwicklung, d. h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn niemand außer dem Proletariat ist imstande, den Widerstand der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen, und einen anderen Weg gibt es nicht.

Die Diktatur des Proletariats aber, d. h. die Organisation der Vorhut der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Ausbeuter, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie bringen. Zugleich mit der ungeheuren Erweiterung der Demokratie, die zum erstenmal eine Demokratie für die Armen, für das Volk wird, und nicht eine Demokratie für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe Ausnahmen von der Freiheit gegenüber den Ausbeutern, den Unterdrückern, den Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie ist.

Engels hat das ausgezeichnet in seinem Brief an Bebel zum Ausdruck gebracht, wo er, wie der Leser sich entsinnen wird, sagt:

„Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“

Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewalt-

same Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrücker des Volkes, d. h. ihre Ausschließung von der Demokratie — das ist die Modifizierung der Demokratie beim Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wo der Widerstand der Kapitalisten endgültig gebrochen ist, wo die Kapitalisten verschwunden sind, wo es keine Klassen mehr gibt (d. h. wo es keinen Unterschied mehr gibt zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) — erst da „hört der Staat auf zu bestehen“, und „kann von Freiheit die Rede sein“. Erst da ist die Demokratie möglich und wird eine wirklich vollständige Demokratie, wirklich ohne irgendwelche Ausnahmen durchgeführt werden können. Und erst da beginnt die Demokratie abzusterven, aus dem einfachen Grunde, weil die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich allmählich gewöhnen werden, die elementarsten, von altersher bekannten und seit Jahrhunderten in allen Vorschriften wiederholten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzuhalten ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, ohne einen besonderen Zwangsapparat, der sich Staat nennt.

Der Ausdruck „der Staat stirbt ab“ ist sehr treffend gewählt, denn er verweist sowohl auf das Allmähliche wie auf das Elementare des Prozesses. Nur die Gewöhnung kann und wird zweifellos eine solche Wirkung ausüben, denn wir beobachten rings um uns millionenmal, wie leicht sich Menschen an die Einhaltung der für sie notwendigen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnen, wenn es keine Ausbeutung gibt, wenn nichts vorhanden ist, was sie empört, zu Protest und Aufstand herausfordert, die Notwendigkeit der Unterdrückung schafft.

Also: in der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine beschnittene, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Prole-

tariats, die Periode des Uebergangs zum Kommunismus, wird zum erstenmal eine Demokratie für das Volk, für die Mehrheit schaffen, neben der notwendigen Niederhaltung der Minderheit, der Ausbeuter. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu geben, und je vollständiger sie sein wird, desto schneller wird sie unnötig werden, von selbst absterben.

Mit anderen Worten: im Kapitalismus haben wir den Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, eine besondere Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar der Mehrheit durch eine Minderheit. Natürlich erfordert der Erfolg einer solchen Sache, wie die systematische Unterdrückung der Mehrheit der Ausgebeuteten durch die Minderheit der Ausbeuter, die größte Grausamkeit, eine bestialische Unterdrückung, Meere von Blut, durch die die Menschheit im Zustande der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der Lohnarbeit hindurchwädet.

Weiter. Beim Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung noch notwendig, aber bereits die Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausgebeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Unterdrückungsmaschine, ein „Staat“, ist noch notwendig, aber es ist bereits ein Uebergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven von gestern ist eine verhältnismäßig so leichte, einfache und natürliche Sache, daß sie viel weniger Blut kosten wird als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen, Lohnarbeiter, daß sie der Menschheit viel billiger zu stehen kommen wird. Und sie ist auch vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß das Bedürfnis nach einer besonderen Maschine zur Unterdrückung zu verschwinden beginnt. Die Ausbeuter sind natürlich nicht imstande, das Volk ohne eine sehr komplizierte Maschine zur Erfüllung dieser Aufgabe niederzuhalten; das Volk dagegen vermag die Ausbeuter mit einer sehr einfachen „Maschine“, nahezu ohne „Maschine“, ohne einen besonderen

Apparat niederzuhalten, durch die einfache Organisation der bewaffneten Massen (etwa der Arbeiter- und Soldatenräte, wie vorauseilend bemerkt sei).

Schließlich schafft nur der Kommunismus den Zustand, unter dem der Staat völlig unnötig wird, denn es ist niemand da, der niedergehalten werden müßte, „niemand“ im Sinne einer Klasse, im Sinne des systematischen Kampfes gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung. Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen einzelner Personen sowie die Notwendigkeit, gegen solche Ausschreitungen vorzugehen. Aber erstens bedarf es hierfür keiner besonderen Maschine, keines besonderen Unterdrückungsapparates. Das wird das bewaffnete Volk selbst ebenso einfach und leicht bewerkstelligen, wie eine beliebige Ansammlung zivilisierter Menschen sogar in der heutigen Gesellschaft raufende Menschen auseinandringt oder die Vergewaltigung einer Frau verhindert. Zweitens wissen wir, daß die soziale Grundursache der Ausschreitungen, die eine Verletzung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeuten, die Ausbeutung der Massen, ihre Not und ihr Elend ist. Mit der Beseitigung dieser Hauptursache werden die Ausschreitungen unvermeidlich „abzusterben“ beginnen. Wir wissen nicht, wie rasch und in welcher Aufeinanderfolge es geschehen wird, aber wir wissen, daß sie absterben werden. Mit dem Absterben der Ausschreitungen wird auch der Staat absterben.

Marx bestimmte, ohne sich auf Utopien einzulassen, näher das, was sich jetzt über diese Zukunft bestimmen läßt, nämlich den Unterschied zwischen der niedrigen und der höheren Phase (Stufe, Etappe) der kommunistischen Gesellschaft.

### 3. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft

In seiner „Kritik des Gothaer Programms“ widerlegt Marx eingehend die Lassallesche Idee, der Arbeiter würde unter dem Sozialismus den „unverkürzten“ oder „vollen Arbeitsertrag“ er-

halten. Marx zeigt, daß von dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt abzuziehen ist ein Reservefonds, ein Fonds für Ausdehnung der Produktion, ferner für Ersatz der „verbrauchten“ Maschinen usw., sodann aus den Konsumtionsmitteln ein Fonds für Verwaltungskosten, für Schulen, Krankenhäuser, Altersheime und dergleichen.

An Stelle der nebelhaften, unklaren, allgemeinen Phrase Lassalles („dem Arbeiter den vollen Arbeitsertrag“) gibt Marx eine nüchterne Berechnung, wie die sozialistische Gesellschaft zu wirtschaften gezwungen sein wird. Marx geht an die konkrete Analyse der Lebensbedingungen einer solchen Gesellschaft, in der es keinen Kapitalismus mehr geben wird, und sagt:

„Womit wir es hier zu tun haben (bei der Erörterung des Programms der Arbeiterpartei), ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat; sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“

Diese kommunistische Gesellschaft, die eben erst aus dem Schoße des Kapitalismus ans Tageslicht tritt, die in jeder Beziehung den Stempel der alten Gesellschaft trägt, bezeichnet Marx als die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft.

Die Produktionsmittel sind bereits nicht mehr Privateigentum einzelner Personen. Die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft. Jedes Mitglied der Gesellschaft leistet einen gewissen Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß es so und soviel Arbeit geliefert habe. Auf diesen Schein erhält es ein entsprechendes Quantum Produkte aus den öffentlichen Magazinen der Konsumtionsmittel. Nach Abzug des Arbeitsquantums, das für die gemeinschaftlichen Fonds bestimmt ist, erhält jeder Arbeiter also von der Gesellschaft so viel zurück, wie er ihr gegeben hat.

Es herrscht gewissermaßen „Gleichheit“.

Wenn aber Lassalle, der eine solche Gesellschaftsordnung im Auge hat (die gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, wäh-

rend Marx sie als erste Phase des Kommunismus bezeichnet), sagt, das wäre eine „gerechte Verteilung“, „gleiches Recht auf den gleichen Arbeitsertrag“, so irrt er, und Marx deckt seinen Irrtum auf.

„Gleiches Recht“, sagt Marx, haben wir hier allerdings, es ist aber noch das „bürgerliche Recht“, das, wie alles Recht, Ungleichheit voraussetzt. Jedes Recht bedeutet die Anwendung eines gleichen Maßstabes auf verschiedene Individuen, die in Wirklichkeit nicht gleich, die ungleich sind; das „gleiche Recht“ ist daher eine Verletzung der Gleichheit und eine Ungerechtigkeit. In der Tat erhält jeder, der einen gleichen Teil der gesellschaftlichen Arbeit geleistet, den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Produkt (nach den erwähnten Abzügen).

Die einzelnen Menschen sind aber nicht gleich: der eine ist stärker, der andere schwächer; der eine ist verheiratet, der andere nicht, der eine hat mehr, der andere weniger Kinder usw.

„... Bei gleicher Arbeitsleistung — folgert Marx — und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andere, ist der eine reicher als der andere usw. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, ungleich sein.“

Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht geben: Unterschiede im Reichtum und ungerechte Unterschiede bleiben bestehen, unmöglich aber wird die Ausbeutung eines Menschen durch den anderen, denn es ist nicht mehr möglich, die Produktionsmittel, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden usw. als Privateigentum an sich zu reißen. Indem Marx die kleinbürgerliche, unklare Phrase Lassalles von der „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ überhaupt zerschlägt, zeigt er den Entwicklungsgang der kommunistischen Gesellschaft, die gezwungen ist, zunächst nur jene „Ungerechtigkeit“ zu beseitigen, daß die Produktionsmittel von einzelnen Personen angeeignet sind, und vorerst nicht imstande ist, mit einem Schlage auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, daß die Verteilung der Konsumtionsmittel „nach der Arbeitsleistung“ (und nicht nach den Bedürfnissen) erfolgt.

Die Vulgärökonomien, darunter die bürgerlichen Professoren, darunter auch „unser“ Tugan-Baranowski, werfen den Sozialisten ständig vor, sie vergäßen die Ungleichheit der Menschen und „träumten“ von einer Beseitigung dieser Ungleichheit. Ein solcher Vorwurf beweist nur, wie wir sehen, die große Unwissenheit der Herren bürgerlichen Ideologen.

Marx berücksichtigt nicht nur auf das genaueste die unvermeidliche Ungleichheit der Menschen, er berücksichtigt auch noch, daß der bloße Uebergang der Produktionsmittel in das Gemeineigentum der ganzen Gesellschaft („Sozialismus“ im gewöhnlichen Sprachgebrauch) die Mängel der Verteilung und die Ungleichheiten des „bürgerlichen Rechts“ nicht beseitigt, das weiter herrscht, soweit die Produkte „nach der Arbeitsleistung“ verteilt werden.

„... Aber diese Mißstände — fährt Marx fort — sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“

Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das „bürgerliche Recht“ nicht vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d. h. nur in bezug auf die Produktionsmittel. Das „bürgerliche Recht“ erkennt sie als Privateigentum einzelner Individuen an. Der Sozialismus macht sie zum gesellschaftlichen Eigentum. Insofern — und nur insofern — fällt das bürgerliche Recht fort.

Dieses bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Arbeit und der Produkte unter die Mitglieder der Gesellschaft. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, dieses sozialistische Prinzip ist schon verwirklicht; für das gleiche Quantum Arbeit das gleiche Quantum Produkte — auch dieses sozialistische Prinzip ist schon verwirklicht. Das ist jedoch noch kein Kommunismus, und das beseitigt noch nicht das „bürgerliche Recht“, das

ungleichen Menschen für ungleiche (faktisch ungleiche) Arbeitsleistung eine gleiche Menge Produkte zuweist.

Das ist ein „Mißstand“, sagt Marx, aber er ist in der ersten Phase des Kommunismus unvermeidlich, denn ohne in Utopien zu verfallen, darf man nicht glauben, daß die Menschen mit dem Sturz des Kapitalismus plötzlich lernen werden, ohne irgendwelche Rechtsnormen für die Allgemeinheit zu arbeiten, und überdies sind die ökonomischen Voraussetzungen für eine solche Aenderung durch die Abschaffung des Kapitalismus nicht sofort gegeben.

Andere Normen aber als die des „bürgerlichen Rechts“ sind nicht da. Insofern bleibt noch die Notwendigkeit des Staates, der unter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Gleichheit der Arbeitsleistung und die Gleichheit bei der Verteilung der Produkte zu schützen hat.

Der Staat stirbt ab, soweit es keine Kapitalisten, keine Klassen mehr gibt und man daher auch keine Klasse mehr unterdrücken kann.

Der Staat ist jedoch noch nicht ganz abgestorben, denn es bleibt noch der Schutz des „bürgerlichen Rechts“, das die faktische Ungleichheit sanktioniert. Zum vollständigen Absterben des Staates ist der vollständige Kommunismus erforderlich.

#### 4. Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft

Marx fährt fort:

„... In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Erst jetzt können wir die ganze Richtigkeit der Bemerkungen von Engels einschätzen, in denen er schonungslos die Un-

sinnigkeit der Verbindung der Worte „Freiheit“ und „Staat“ erhöht. Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat mehr geben.

Die ökonomische Grundlage für das vollkommene Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, daß der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, damit also eine der wichtigsten Quellen der heutigen gesellschaftlichen Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Uebergang der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einemmal aus der Welt geschafft werden kann.

Diese Expropriation wird eine gigantische Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung hemmt, wie vieles auf der Grundlage der modernen, bereits erreichten Technik gefördert werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Ueberzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unvermeidlich eine ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Verwandlung der Arbeit in das „erste Lebensbedürfnis“ führen wird, das wissen wir nicht und können es nicht wissen.

Wir sind daher auch nur berechtigt, von dem unvermeidlichen Absterben des Staates zu sprechen unter Betonung der langen Dauer dieses Prozesses, seiner Abhängigkeit vom Entwicklungstempo der höheren Phase des Kommunismus, wobei die Frage des Zeitpunkts oder der konkreten Formen des Absterbens vollkommen offen bleibt, denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Frage sind nicht vorhanden.

Der Staat wird dann völlig absterben können, wenn die Gesellschaft den Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht haben wird, d. h.

wenn die Menschen sich so an die Befolgung der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig nach ihren Fähigkeiten tätig sein werden. „Der enge bürgerliche Rechtshorizont“, der veranlaßt, mit der Hartherzigkeit eines Shylock darauf bedacht zu sein, daß man nur ja nicht eine halbe Stunde länger als der andere arbeite, keine geringere Bezahlung erhalte als der andere — dieser enge Horizont wird dann überschritten sein. Die Verteilung der Produkte wird dann keine Normierung der jedem einzelnen zukommenden Menge durch die Gesellschaft erfordern; jeder wird frei nehmen „nach seinen Bedürfnissen“.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist es leicht, eine solche Gesellschaftsstruktur als „reine Utopie“ zu bezeichnen und darüber zu grinsen, daß die Sozialisten jedem das Recht zusichern, von der Gesellschaft ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung des einzelnen Bürgers eine beliebige Menge Trüffel, Automobile, Klaviere u. a. m. zu erhalten. Die Mehrzahl der bürgerlichen „Gelehrten“ beschränkt sich bis auf den heutigen Tag auf dieses Grinsen und zeigt damit nur ihre Unwissenheit und ihre eigennützige Verteidigung des Kapitalismus.

Unwissenheit, denn es ist keinem Sozialisten eingefallen, „zu versprechen“, daß die höhere Phase der Entwicklung des Kommunismus eintreten wird, die Voraussicht der großen Sozialisten, daß sie eintreten wird, hat nicht die heutige Arbeitsproduktivität und nicht den heutigen Spieß zur Voraussetzung, der es fertigbringt, „ohne jeden Grund“, wie die Seminaristen bei Pomjalowski, mit dem gesellschaftlichen Reichtum zu wüsten und Unmögliches zu verlangen.

Bis zum Eintritt der „höheren“ Phase des Kommunismus fordern die Sozialisten die strengste Kontrolle der Gesellschaft und des Staates über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion, aber diese Kontrolle muß beginnen mit der Expropriation der Kapitalisten, mit der Kontrolle der Arbeiter über die Kapitalisten, und durchgeführt soll sie wer-

den nicht durch den bürokratischen Staat, sondern durch den Staat der bewaffneten Arbeiter.

Die eigennützige Verteidigung des Kapitalismus durch die bürgerlichen Ideologen (und ihre Schleppenträger vom Schlage der Herren Zereteli, Tschernow und Konsorten) besteht gerade darin, daß sie durch Diskussionen und Gerede über die ferne Zukunft die dringende und aktuelle Frage der heutigen Politik verfälschen: die Expropriation der Kapitalisten, die Umwandlung aller Bürger in Arbeiter und Angestellte eines großen „Syndikats“, nämlich des ganzen Staates, und die völlige Unterordnung der gesamten Arbeit dieses ganzen Syndikats unter den wahrhaft demokratischen Staat, den Staat der Arbeiter- und Soldatenräte.

Wenn der gelehrte Professor, und mit ihm der Spieß, und mit diesem die Herren Zereteli und Tschernow, von sinnlosen Utopien, von demagogischen Versprechungen der Bolschewiki, von der Unmöglichkeit der „Einführung“ des Sozialismus sprechen, so meinen sie gerade das höhere Stadium, die höhere Phase des Kommunismus, deren „Einführung“ nicht nur niemand versprochen, sondern an die auch niemand gedacht hat, da sie sich überhaupt nicht „einführen“ läßt.

Und hier sind wir bei der Frage der wissenschaftlichen Unterscheidung zwischen Sozialismus und Kommunismus angelangt, die Engels in seiner vorerwähnten Betrachtung über die Unrichtigkeit der Bezeichnung „Sozialdemokrat“ berührt. Politisch wird der Unterschied zwischen der ersten oder niederen und der höheren Phase des Kommunismus mit der Zeit wahrscheinlich ungeheuer groß sein, doch wäre es lächerlich, jetzt, unter dem Kapitalismus, diesen Unterschied hervorzuheben, und in den Vordergrund rücken könnten ihn höchstens vereinzelte Anarchisten (sofern unter den Anarchisten noch welche übriggeblieben sein sollten, die nach der Verwandlung der Kropotkin, Grave, Cornéliussen und anderer „Leuchten“ des Anarchismus in Sozialchauvinisten von „Plechanowschem“ Typus oder in Schützengraben-Anarchisten — wie Ge, einer der wenigen

Anarchisten, die noch Ehre und Gewissen bewahrt haben, sich ausgedrückt hat — nichts gelernt haben).

Der wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus ist aber klar. Was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, nannte Marx die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Insofern die Produktionsmittel Gemeineigentum werden, ist das Wort „Kommunismus“ auch hier angebracht, wenn man nicht vergißt, daß es kein vollständiger Kommunismus ist. Die große Bedeutung der Marx'schen Erklärungen besteht darin, daß er auch hier konsequent die materialistische Dialektik, die Entwicklungslehre anwendet, indem er den Kommunismus betrachtet als etwas, das sich aus dem Kapitalismus entwickelt. An Stelle scholastisch ausgeklügelter, „erdachter“ Definitionen und unfruchtbarer Wortklaubereien (was Sozialismus, was Kommunismus sei) liefert Marx eine Analyse dessen, was man als Stufen der ökonomischen Reife des Kommunismus bezeichnen könnte.

In seiner ersten Phase, auf seiner ersten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch nicht völlig reif, völlig frei von den Traditionen oder Spuren des Kapitalismus sein. Hieraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung, wie die Beibehaltung des „engen bürgerlichen Rechtshorizonts“ während der ersten Phase des Kommunismus. Das bürgerliche Recht auf dem Gebiete der Verteilung der Konsumtionsmittel setzt natürlich auch den bürgerlichen Staat voraus, denn das Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande ist, die Einhaltung der Rechtsnormen zu erzwingen.

Es ergibt sich also, daß unter dem Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit bestehen bleibt, sondern sogar der bürgerliche Staat — ohne Bourgeoisie!

Das mag paradox oder als bloße dialektische Spiegelfechtereie erscheinen, wie sie vielfach dem Marxismus von Leuten zum Vorwurf gemacht wird, die sich nicht im geringsten die Mühe genommen haben, seinen überaus tiefen Gehalt zu studieren.

In Wirklichkeit zeigt uns das Leben auf Schritt und Tritt, in der Natur wie in der Gesellschaft, im Neuen Reste des Alten,

Und Marx hat nicht willkürlich ein Stückchen „bürgerlichen“ Rechtes in den Kommunismus gesteckt, sondern hat das genommen, was wirtschaftlich und politisch in einer aus dem Schoße des Kapitalismus hervorgehenden Gesellschaft unvermeidlich ist.

Die Demokratie ist von ungeheurer Bedeutung im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten. Die Demokratie ist aber durchaus nicht die Grenze, die nicht überschritten werden kann, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Weg vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Demokratie bedeutet Gleichheit. Es ist begreiflich, welche große Bedeutung der Kampf des Proletariats um Gleichheit und die Losung der Gleichheit besitzt, wenn man diese richtig im Sinne der Aufhebung der Klassen auffaßt. Aber Demokratie bedeutet nur formale Gleichheit. Und sofort nach der Verwirklichung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft in Hinsicht auf den Besitz der Produktionsmittel, d. h. der Gleichheit der Arbeit, Gleichheit des Lohnes, wird sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit, d. h. zur Verwirklichung des Satzes: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, weiterschreiten soll. Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel zurücklegen müssen, welche praktischen Maßnahmen sie hierzu ergreifen müssen, — wir wissen es nicht und können es nicht wissen. Es ist aber wichtig, daß wir uns darüber klar werden, wie unendlich verlogen die übliche bürgerliche Vorstellung ist, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarrtes, ein für allemal Gegebenes, während in Wirklichkeit erst mit dem Sozialismus ein rascher, wirklicher, ein wahrhafter Massenfortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen und persönlichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der Mehrheit der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung einsetzen wird.

Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Abarten des Staates. Sie ist daher, wie jeder Staat, eine organisierte, syste-

matische Gewaltanwendung gegenüber den Menschen. Das ist die eine Seite. Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatseinrichtung und -verwaltung mitzubestimmen. Das wiederum hat zur Folge, daß auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung die Demokratie erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihm die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, auch die bürgerlich-republikanische Staatsmaschine — stehendes Heer, Polizei, Beamtentum — zu zerbrechen, in Scherben zu schlagen, sie aus der Welt zu schaffen und durch eine demokratischere Staatsmaschine, aber immerhin doch eine Staatsmaschine, zu ersetzen, die von den bewaffneten Arbeitermassen gebildet wird und auf eine Beteiligung des gesamten Volkes an der Miliz hinausläuft.

Hier „schlägt die Quantität in Qualität um“: eine solche Stufe der Demokratie ist verknüpft mit der Sprengung des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Beginn ihrer sozialistischen Umgestaltung. Wenn tatsächlich alle an der Leitung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht mehr halten. Ihrerseits schafft die Entwicklung des Kapitalismus die Voraussetzungen dafür, daß wirklich „alle“ an der Leitung des Staates teilnehmen können. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die bereits in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern durchgeführt ist, ferner die „Schulung und Disziplinierung“ der Millionen von Arbeitern durch den großen, komplizierten vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usw.

Unter solchen ökonomischen Voraussetzungen ist es durchaus möglich, sofort, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten nach ihrem Sturz bei der Kontrolle über die Produktion und Verteilung, bei der Registrierung der Arbeit und der Produkte durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man darf die Frage der Kontrolle und Registrierung nicht mit der

Frage des wissenschaftlich ausgebildeten Personals, der Ingenieure, Agronomen usw. verwechseln: diese Herrschaften arbeiten heute, indem sie sich den Kapitalisten fügen, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)

Registrierung und Kontrolle — das ist das Wichtigste, was zum „Ingangsetzen“, zum richtigen Funktionieren der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft erforderlich ist. Alle Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats-„Syndikats“. Es handelt sich nur darum, daß sie alle in gleicher Weise arbeiten müssen, das Maß ihrer Arbeit richtig einhalten und gleichmäßigen Lohn bekommen. Diese Registrierung, die Ausübung dieser Kontrolle ist durch den Kapitalismus auf das äußerste vereinfacht, in ganz außergewöhnlich einfache, jedem des Lesens und Schreibens Kundigen zugängliche Operationen der Beaufsichtigung und Notierung verwandelt, zu deren Verrichtung die Kenntnis der vier Rechnungsarten und die Ausstellung entsprechender Quittungen genügt\*.

Wenn die Mehrheit des Volkes beginnen wird, selbständig und überall eine solche Registrierung, eine solche Kontrolle der Kapitalisten (die nunmehr Angestellte geworden sind) und der Herren Intellektuellen, die kapitalistische Allüren beibehalten haben, auszuüben, so wird diese Kontrolle eine wirklich universelle, allgemeine, nationale werden, dann wird man ihr nicht mehr entgehen können, weil ein Ausweichen nicht möglich sein wird.

Die ganze Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.

Aber diese „Fabrik“-Disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturze der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter auf die gesamte Gesellschaft ausdehnen wird, ist nichts

\* Wenn der Staat im wesentlichen Teil seiner Funktion auf eine solche Registrierung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst reduziert wird, hört er auf, ein „politischer Staat“ zu sein, dann „verwandeln sich die öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache administrative Funktionen“ (vgl. oben Kapitel IV, § 2, über Engels' Polemik gegen die Anarchisten).

weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine notwendige Stufe zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von der Niedertracht und den Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung und für das weitere Fortschreiten.

Von dem Augenblick an, wo alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrzahl selbst gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst diese Angelegenheit in ihre Hände genommen haben, die Kontrolle „in Gang gebracht“ haben über die verschwindende Minderheit der Kapitalisten, über die Herrchen, die die kapitalistischen Allianzen gern bewahren möchten, über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind, von diesem Augenblick an beginnt die Notwendigkeit irgendeines Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Augenblick, in dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der „Staat“, der aus bewaffneten Arbeitern besteht und der „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“ ist, um so rascher beginnt jeder Staat abzusterben.

Denn wenn alle gelernt haben werden, selbständig die gesellschaftliche Produktion zu leiten, und sie in der Tat leiten werden, selbständig die Registrierung und Kontrolle der Schmarotzer, der Herrensöhnchen, der Gauner und ähnlicher „Traditionshüter des Kapitalismus“ verwirklichen werden, so wird die Umgehung dieser vom ganzen Volke durchgeführten Registrierung und Kontrolle unvermeidlich so ungeheuer schwierig werden, eine so höchst seltene Ausnahme bilden und wahrscheinlich eine so rasche und ernsthafte Bestrafung nach sich ziehen (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens und keine sentimentalen Intelligenzler, und werden kaum mit sich spaßen lassen), daß die Notwendigkeit der Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes menschliche Zusammenleben sehr bald zur Gewohnheit werden wird.

Und dann wird das Tor zum Uebergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zu der höheren Phase und damit auch zum völligen Absterben des Staates sperrangelweit geöffnet stehen.

## PROGRAMM DER DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI<sup>124</sup>

### ENTWURF

#### I

(1) Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern<sup>126</sup>.

(2) In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

(3) Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags<sup>128</sup>.

(4) Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

(5) Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staats, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird<sup>127</sup>.

#### II

Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft: die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ehernen Lohngesetze, und der Ausbeutung in jeder



stalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit<sup>122</sup>.

### III

Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

### IV<sup>123</sup>

A. Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als freiheitliche Grundlage des Staates:

1.) allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Männer vom 21. Lebensjahr an für alle Wahlen in Staat und Gemeinde;

2.) direkte Gesetzgebung durch das Volk mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht;

3.) allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung;

4.) Abschaffung aller Ausnahme Gesetze, namentlich der Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze;

5.) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

B. Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats<sup>124</sup>:

1.) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Schulunterricht.

2.) Freiheit der Wissenschaft. Gewissensfreiheit<sup>125</sup>.

C. Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirtschaftliche Grundlage des Staats<sup>126</sup>:

Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, an Stelle aller bestehenden, insbesondere der indirekten.

D. Die deutsche Arbeiterpartei verlangt zum Schutze der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft<sup>127</sup>:

1.) Koalitionsfreiheit.

2.) Normalarbeitstag und Verbot der Sonntagsarbeit<sup>128</sup>.

3.) Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit<sup>129</sup>.

4.) Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie<sup>130</sup>.

5.) Regelung der Gefängnisarbeit.

6.) Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

ANHANG

## ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Vgl. „Kapital“, Bd. I, Kap. 5, § 1: „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Maschine, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.“

<sup>2</sup> Vgl. folgende Stelle im „Kapital“, Bd. II, Kap. 1, § 2: „Welches immer die gesellschaftlichen Formen der Produktion, Arbeiter und Produktionsmittel bleiben stets ihre Faktoren. Aber die einen und die andern sind dies nur der Möglichkeit nach im Zustand ihrer Trennung von einander. Damit überhaupt produziert werde, müssen sie sich verbinden. Die besondere Art und Weise, worin diese Verbindung bewerkstelligt wird, unterscheidet die verschiedenen ökonomischen Epochen der Gesellschaftsstruktur.“

<sup>3</sup> Jean-Jacques Rousseau (1712—1778) — französischer Philosoph und Publizist der Aufklärungsepoche. Als Vertreter des revolutionären Flügels der Bourgeoisie (des „dritten Standes“) war er der Theoretiker der konsequenten bürgerlichen Demokratie. Er war ein leidenschaftlicher Verfechter des Kampfes gegen die feudalistische Ausbeutung und den Absolutismus. Er verteidigte die Theorie der „Volkssouveränität“, die im plebejischen revolutionären Kampfe der Jakobiner ihre Verwirklichung fand. Seine Kritik an der feudalistischen Gesellschaftsordnung begründete Rousseau mit der abstrakten, unhistorischen Lehre von der natürlichen Gleichheit, dem ursprünglichen glücklichen kommunistischen Zustand der Menschheit, von der Ueberlegenheit der Natur, der natürlichen Eigenschaften über die Kultur, über die Aufklärung. Die Zeitgenossen nannten ihn den „Naturapostel“. Marx weist in einem Schreiben darauf hin, daß das Gothaer Programm anstatt einer wissenschaftlichen Klassenanalyse der Gesellschaftsordnung und ihrer Entwicklungsgesetze hier abstrakte Lehren wiederholt, die an die Lehre von Rousseau erinnern.

<sup>4</sup> Ferdinand Lassalle (1825—1864) — deutscher Politiker und Publizist. Spielt eine große Rolle in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Anfang der 60er Jahre, als die Arbeiterbewegung in ganz Deutschland einen Aufschwung nahm, gründete Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und schuf damit die erste von den bürgerlich-demokratischen Parteien unabhängige politische Massenorganisation der deutschen Arbeiter. Darin besteht seine historische Bedeutung. Lassalle, der in der Vergangenheit unter dem Einfluß von Marx, in parabolischen und schriftlichen Beziehungen zu Marx stand und sich als sein „Schüler“ bezeichnete, stand aber nicht auf dem Boden der proletarischen Revolution. Er führte die von ihm gegründete Partei auf einen opportunistischen Weg, stellte reformistische Lösungen auf

und propagierte den Weg zum Sozialismus über den „freien“, d. h. bürgerlichen Staat mit allgemeinem Wahlrecht, über die Produktivgenossenschaften, die die Unterstützung des preußischen Staates genießen. In der damals wichtigsten politischen Frage, in der Frage der Einigung Deutschlands, die entweder durch eine Revolution oder durch dynastische Kriege Preußens gelöst werden konnte, arbeitete Lassalle direkt der preußischen Junkerregierung in die Hand und schloß ein Abkommen mit Bismarck. „Lassalle und die Lassalleaner — schrieb Lenin im Jahre 1913 — sahen die geringen Chancen des proletarischen und demokratischen Weges, sie schlugen eine schwankende Taktik ein und paßten sich der Hegemonie des Junkers Bismarck an. Ihre Fehler bestanden darin, daß sie die Arbeiterpartei auf den bonapartistisch-staatssozialistischen Abweg führten“ (Lenin, Sämtliche Werke, „August Bebel“, 1913, Bd. XVI). „... Lassalle war — schrieb Lenin im Jahre 1915 — in seinem Kokettieren mit Bismarck Opportunist... Lassalle paßte seine Haltung dem Siege Preußens und Bismarcks, dem Fehlen ausreichender Stoßkraft bei den demokratischen Nationalbewegungen in Italien und Deutschland an. Eben damit schwankte er in der Richtung einer national-liberalen Arbeiterpolitik. Marx dagegen förderte und entwickelte eine selbständige, eine konsequent demokratische, der national-liberalen Feigheit feindlich entgegengesetzte Politik (Preußens Eingreifen gegen Napoleon im Jahre 1859 hätte der Volksbewegung in Deutschland einen Anstoß gegeben). Lassalle schaute mehr nach oben als nach unten, er vergaßte sich in Bismarck. Bismarcks ‚Erfolg‘ ist nicht im mindesten geeignet, Lassalles Opportunismus zu rechtfertigen“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XVIII, S. 131). Das Lassalleanertum war im Laufe der ganzen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung stets das Banner der Opportunisten. Während des Weltkrieges und nach ihm haben die Sozialchauvinisten, die Sozialfaschisten wiederholt die Losung ausgegeben: „Zurück zu Lassalle!“

\* Gemeint ist das von Marx im November 1864 verfaßte Statut der Internationalen Arbeiterassoziation — der I. Internationale (siehe darüber Anmerkung 23). Der betreffende Punkt des Statuts lautet: „... daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit.“

\* Marx meint den „Kontrakt“ Lassalles mit Bismarck, von dem Marx erst nach dem Tode Lassalles erfuhr. In einem Brief an Kugelmann vom 23. Februar 1865 schreibt Marx darüber: „... Indes zeigte sich bald — die Beweise kamen in unsere Hand — daß Lassalle in der Tat die Partei verraten hatte. Er hatte einen förmlichen Kontrakt mit Bismarck eingegangen (wobei natürlich Garantien keinerlei Art in seiner Hand). Ende September 1864 sollte er nach Hamburg und dort... Bismarck zur Inkorporation von Schleswig-Holstein zwingen, d. h. solche im Namen der ‚Arbeiter‘ proklamieren usw. Wogegen Bismarck allgemeines Wahlrecht und einige sozialistische Scharlatanerien versprochen. Es ist schade, daß Lassalle diese Komödie nicht ausspielen konnte! Sie hätte ihn verdammt lächerlich und gefoppt erscheinen lassen. Und allen Versuchen solcher Art für immer ein Ende gemacht!“ Marx wußte nicht, was erst im Jahre 1913 aus Tageslicht kam, nämlich, daß Lassalle nicht erst kurz vor seinem Tode mit Bismarck zu einer Verständigung gelangt war, sondern bedeutend früher, bereits Anfang Mai 1863. Er hatte also vor der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit Bismarck Verhandlungen aufgenommen, und man kann annehmen, daß der Arbeiterverein im geheimen

Einverständnis mit Bismarck gegründet wurde. Zur Kennzeichnung des „königlich-preußischen“ Sozialismus wollen wir hier eine Stelle aus einem Brief Lassalles an Bismarck vom Juni 1863 anführen. „... Die Arbeiterklasse fühlt sich geneigt, ... in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur, im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem ... Schritt entschließen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königtum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres Volkskönigtum umzuwandeln.“

\* Marx nennt im „Kapital“ den Gesamtwert des Produktes „Produktenwert“, während er den neuen Teil des Werts, den die Arbeit ihm hinzufügt, als „Neuwert“ oder als „neuzugesetzten Wert“ bezeichnet (vgl. „Kapital“, Bd. I, Kap. 6: „Konstantes Kapital und variables Kapital“; Kap. 7, § 2: „Darstellung des Produktenwertes in proportionellen Teilen des Produkts“; Kap. 7, § 3 „Seniors ‚Letzte Stunde‘“. Ueber den „Neuwert“ vgl. auch Kap. 15: „Größenwechsel von Preis der Arbeitskraft und Mehrwert“.

\* Ueber den sektiererischen Sozialismus schrieb Marx im Jahre 1872 in einer gegen die Bakunisten gerichteten Broschüre („Die vermeintlichen Spaltungen in der Internationale“): „Die erste Phase im Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist durch die Sektenbewegung bezeichnet. Diese ist berechtigt zu einer Zeit, in der das Proletariat sich noch nicht hinreichend entwickelt hat, um als Klasse zu handeln. Vereinzelt Denker unterwerfen die sozialen Gegensätze einer Kritik und geben zugleich eine phantastische Lösung derselben, welche die Masse der Arbeiter nur für voll anzunehmen, zu verbreiten und praktisch ins Werk zu setzen braucht. Es liegt schon in der Natur dieser durch die Initiative Einzelner gebildeten Sekten, daß sie sich jeder wirklichen Tätigkeit der Politik, den Streiks, Gewerksgenossenschaften, mit einem Wort jeder Gesamtbewegung gegenüber fremd und abgeschlossen verhalten. Die Masse des Proletariats bleibt stets gegenüber ihrer Propaganda gleichgültig, ja selbst feindlich. Die Arbeiter von Paris und Lyon wollten ebensowenig von den Saint-Simonisten, Fourieristen, Ikariern wissen, wie die englischen Chartisten und Trades-Unionisten von den Owenisten.“

Die Sekten, im Anfang Hebel der Bewegung, werden ein Hindernis, so wie diese sie überholt, sie werden dann reaktionär; Beweise dafür sind die Sekten in Frankreich und England und letztlich die Lassalleaner in Deutschland, welche, nachdem sie jahrelang die Organisation des Proletariats gehemmt, schließlich einfache Polizeiwerkzeuge geworden sind. Kurz, sie stellen die Kindheit der Proletarierbewegung dar, wie die Astrologie und die Alchimie die Kindheit der Wissenschaft.“

\* In seiner Broschüre „Zur Wohnungsfrage“ kritisiert auch Engels die „sozialistische“ Forderung des „vollen Arbeitsertrags“ und polemisiert gegen das System des französischen kleinbürgerlichen Sozialisten Proudhon (siehe über Proudhon Anmerkung 55), der ebenfalls diese Forderung vertrat. Engels schreibt: „Es versteht sich im übrigen von selbst, daß auch bei der durch die moderne große Industrie bedingten gesellschaftlichen Produktion jedem der ‚volle Ertrag seiner Arbeit‘, soweit diese Phrase einen Sinn hat, gesichert werden kann. Und einen Sinn hat sie nur, wenn sie dahin erweitert wird, daß nicht jeder einzelne Arbeiter Besitzer dieses ‚vollen Ertrages seiner Arbeit‘ wird, wohl aber die ganze aus lauter Arbeitern bestehende Gesellschaft Besitzerin des gesamten Produkts ihrer Arbeit, das sie teilweise zur Konsumtion unter ihre Mitglieder verteilt, teilweise zum Er-

satz und zur Vermehrung ihrer Produktionsmittel verwendet, und teilweise als Reservefonds der Produktion und Konsumtion aufspeichert.“

<sup>10</sup> Vgl. mit dieser Widerlegung der Lassalleschen Forderung des „verkürzten“ oder „vollen Arbeitsertrags“ bei Lenin in „Staat und Revolution“, Kap. 5, § 3: „Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“, die ersten Absätze.

<sup>11</sup> Ueber die Forderung der Gleichheit schreibt Engels im „Anti-Dühring“: „Die Gleichheitsforderung im Munde des Proletariats hat somit eine doppelte Bedeutung. Entweder ist sie — und dies ist namentlich in den ersten Anfängen, zum Beispiel im Bauernkrieg der Fall — die naturwüchsige Reaktion gegen die schreienden sozialen Ungleichheiten, gegen den Kontrast von Reichen und Armen, von Herren und Knechten, von Prassern und Verhungerten; als solche ist sie einfach Ausdruck des revolutionären Instinkts, und findet darin, und auch nur darin, ihre Rechtfertigung. Oder aber, sie ist entstanden aus der Reaktion gegen die bürgerliche Gleichheitsforderung, zieht mehr oder weniger richtige, weitgehende Forderungen aus dieser, dient als Agitationsmittel, um die Arbeiter mit den eigenen Behauptungen der Kapitalisten gegen die Kapitalisten aufzuregen, und in diesem Fall steht und fällt sie mit der bürgerlichen Gleichheit selbst. In beiden Fällen ist der wirkliche Inhalt der proletarischen Gleichheitsforderung die Forderung der Abschaffung der Klassen. Jede Gleichheitsforderung, die darüber hinausgeht, verläuft notwendig ins Absurde.“ — In seiner Schrift „Wirtschaft und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“ schreibt Lenin über diese Erläuterung von Engels: „Engels hat längst im ‚Anti-Dühring‘ erklärt, daß der Begriff der Gleichheit, der ein Abbild der Verhältnisse der Warenproduktion ist, zu einem Vorurteil wird, wenn man die Gleichheit nicht im Sinne der Abschaffung der Klassen versteht. Diese Binsenwahrheit über den Unterschied zwischen dem bürgerlich-demokratischen und sozialistischen Begriff der Gleichheit vergißt man ständig. Tut man das aber nicht, so wird es augenscheinlich, daß das Proletariat, nachdem es die Bourgeoisie gestürzt, damit einen entscheidenden Schritt zur Beseitigung der Klassen tut und daß das Proletariat zur Vollendung dieses Werkes seinen Klassenkampf fortführen, den Apparat der Staatsgewalt ausnutzen und verschiedene Methoden des Kampfes, der Beeinflussung, der Einwirkung gegenüber der gestürzten Bourgeoisie und der schwankenden Kleinbourgeoisie anwenden muß“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXIV). Siehe auch die Stellen aus Lenins „Staat und Revolution“, in denen Lenin Äußerungen von Marx aus der „Kritik“ zum Teil zitiert, zum Teil summiert und weiter entwickelt.

<sup>12</sup> Siehe die Erläuterungen Lenins auf S. 87 ff. unserer Ausgabe.

<sup>13</sup> Siehe die Erläuterungen Lenins auf S. 90 ff. unserer Ausgabe. — Ueber die kommunistischen Samstage schrieb Lenin im Dezember 1919: „Wenn wir uns fragen, was der Kommunismus zum Unterschied vom Sozialismus bedeutet, so müssen wir sagen, daß der Sozialismus eine Gesellschaft ist, die unmittelbar aus dem Kapitalismus hervorsticht, die erste Art der neuen Gesellschaft. Der Kommunismus dagegen ist eine höhere Art der Gesellschaft, und er kann sich nur entwickeln, wenn der Sozialismus sich vollständig eingebürgert wird. Der Sozialismus setzt Arbeit ohne Kapitalisten, gesellschaftliche Arbeit unter strengster Rechnungslegung, Kontrolle und Aufsicht der organisierten Avantgarde, des fortgeschrittensten Teils der Werktätigen voraus; und zwar muß man sowohl den Umfang der Arbeit als auch ihre Entlohnung festsetzen. Das ist unbedingt notwendig, weil die kapitalistische Gesellschaft uns noch solche Überbleibsel und Gewohnheiten hinterlassen

hat, wie zersplitterte Arbeit, Mißtrauen gegenüber der gesellschaftlichen Wirtschaft, die alten Gewohnheiten des Kleineigentümers, die in allen bäuerlichen Ländern vorherrschen. Alles das steht im Gegensatz zu einer wirklich kommunistischen Wirtschaft. Als Kommunismus bezeichnen wir aber eine Ordnung, wo die Menschen ohne jeden Zwangsapparat sich an die Erfüllung der gesellschaftlichen Pflichten gewöhnen, wo die unbezahlte Arbeit für das Allgemeinwohl zur allgemeinen Erscheinung wird“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXIV). Siehe auch den Aufsatz Lenins „Von der Zerstörung einer jahrhundertalten Ordnung zum Aufbau einer neuen“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 187).

<sup>14</sup> Im II. Band des „Kapital“, Kap. 4, sagt Marx: „Es entspricht übrigens dem bürgerlichen Horizont, wo das Geschäftemachen den ganzen Kopf einnimmt, nicht im Charakter der Produktionsweise die Grundlage der ihr entsprechenden Verkehrsweise zu sehen, sondern umgekehrt.“ Die Frage nach dem Verhältnis der Produktion zur Distribution, zum Austausch und Verbrauch analysiert Marx ausführlich in seiner unvollendeten „Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie“ (1857). — Lenin schrieb im Jahre 1894 in dem Aufsatz „Der ökonomische Inhalt des Narodniktums und seine Kritik in dem Buche des Herrn Struve“ unter Berufung auf die angeführte Stelle aus der „Kritik des Gothaer Programms“ folgendes: „Marx stellt dem Vulgarsozialismus den wissenschaftlichen Sozialismus entgegen, der der Distribution keine wesentliche Bedeutung beilegt und die gesellschaftliche Struktur durch die Organisation der Produktionsverhältnisse erklärt und der Auffassung ist, daß eine gegebene Organisation der Produktionsverhältnisse bereits ein bestimmtes System der Distribution einschließt. Diese Idee ... zieht sich durch die gesamte Lehre von Marx“ ... (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. I).

<sup>15</sup> Die Einleitung des Statuts der I. Internationale lautet wörtlich (siehe Anmerkung 23): „Die Emanzipation der Arbeiterklasse ... muß durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden...“

<sup>16</sup> In der griechischen Tragödie traten die Chöre in der Form von Strophen und Gegenstrophen auf.

<sup>17</sup> Siehe die Kritik dieses Satzes durch Engels in dem Brief an Bebel vom 18. März 1875 (S. 31 f.). In ihrer Kritik dieser Losung wiesen Marx und Engels stets auf die Bedeutung der Verbündeten des Proletariats hin und betonten die gewaltige Bedeutung des Prozesses des Umschlagens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische. „Die eigentliche Schwäche — schrieb z. B. Engels in dem Brief vom 2. November 1882 an Bernstein — ... ist die kindliche Vorstellung von der nächsten Revolution, die damit anfangen soll, daß ‚die Welf, die Waibling‘ die ganze Welt sich in zwei Heere spaltet: wir hier, die ganze ‚einzige reaktionäre Masse‘ dort. Das heißt, die Revolution soll mit dem fünften Akt anfangen, nicht mit dem ersten, in dem die Masse aller Oppositionsparteien gegen die Regierung und deren Böcke zusammensteht und so siegt, worauf dann die einzelnen Parteien unter den Siegern sich eine nach der anderen abarbeiten, unmöglich machen, bis endlich dadurch die Masse des Volkes ganz auf unsere Seite gedrängt wird und dann die vielberühmte Vollmarache Entscheidungsschlacht vor sich gehen kann.“ Vgl. bei Lenin: „... Zu glauben, daß die soziale Revolution denkbar ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums mit allen seinen Vorurteilen, ohne die Bewegung rückständiger proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das

Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische und nationale Unterdrückung usw. — das zu glauben, heißt der sozialen Revolution entsagen. Es soll wohl so sein, daß an einer Stelle sich ein Heer sammelt und erklärt: 'Wir sind für den Sozialismus', an einer anderen Stelle ein anderes Heer, das erklärt: 'Wir sind für den Imperialismus', und das wäre dann die soziale Revolution! ...

Wer eine 'reine' soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der die wirkliche Revolution nicht versteht.

Die russische Revolution von 1905 war eine bürgerlich-demokratische Revolution. Sie bestand aus einer Reihe von Kämpfen aller unzufriedenen Klassen, Gruppen und Elemente der Bevölkerung ... Objektiv untergrub die Bewegung der Massen den Zarismus und bahnte der Demokratie den Weg, darum wurde sie von den klassenbewußten Arbeitern geführt.

Die sozialistische Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen ... (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XIX, S. 335—336.)

<sup>18</sup> Siehe Karl Marx und F. Engels: „Das Kommunistische Manifest“.

<sup>19</sup> Der Absatz im „Kommunistischen Manifest“, aus dem das Zitat entnommen ist, lautet: „Die Mittelstände: der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen.“

<sup>20</sup> Die Reichstagswahlen, von denen hier die Rede ist, fanden im Jahre 1874 statt.

<sup>21</sup> Siehe Anmerkung 6.

<sup>22</sup> Marat (1743—1793) eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Großen Französischen Revolution, einer der energischsten revolutionären Agitatoren. Marx bezeichnet hier ironisch Hasselmann (siehe Anmerkung 52), den Chefredakteur des „Neuen Sozialdemokrat“, des Zentralorgans der Lassalleaner, als „Berliner Marat“.

<sup>23</sup> Die I. Internationale, die „Internationale Arbeiterassoziation“ (1864—1872) „schuf — unter Führung von Marx — das Fundament der internationalen Organisation der Arbeiter zur Vorbereitung ihres revolutionären Ansturms gegen das Kapital“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXIV). Ueber ihre Geschichte schrieb Lenin in seinem Aufsatz „Karl Marx“: „Die Epoche des Wiederauflebens der demokratischen Bewegungen zu Ende der 50er und in den 60er Jahren rief Marx erneut zum praktischen Handeln, 1864 (am 28. September) wurde in London die berühmte Erste Internationale, die 'Internationale Arbeiter-Assoziation' gegründet ... Marx war die Seele dieser Organisation, Verfasser ihres ersten 'Manifests' und einer langen Reihe von Resolutionen, Erklärungen und Aufrufen. Indem Marx die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder zusammenzufassen bemüht war, die verschiedenen Formen des nichtproletarischen, vormarxistischen Sozialismus (Mazzini, Proudhon, Bakunin, englischer liberaler Trade-Unionismus, die lassalleianischen Rechtsschwankungen in Deutschland usw.) in die Bahnen gemeinsamen Handelns zu lenken suchte, die Theorien aller dieser Sekten und

Schulen bekämpfte, schmiedete er eine einheitliche Taktik des proletarischen Kampfes der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern. Nach dem Fall der Pariser Kommune (1871) ... und nach der Spaltung der Internationale durch die Anhänger Bakunins war deren Fortbestehen in Europa unmöglich geworden. Nach dem Hager Kongreß der Internationale (1872) setzte Marx die Verlegung ihres Generalkongresses nach New York durch. Die I. Internationale hatte ihre historische Rolle ausgespielt und räumte einer Epoche von unvergleichlich größerem Wachstum der Arbeiterbewegung in allen Ländern der Welt das Feld, — eben der Epoche ihrer Entwicklung in die Breite, der Entstehung sozialistischer proletarischer Massenparteien auf dem Boden der einzelnen Nationalstaaten“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XVIII, S. 12 bis 13). Im Programm der Komintern heißt es: „Die Kommunistische Internationale, die einheitliche und zentralisierte internationale Partei des Proletariats, setzt als einzige die Prinzipien der I. Internationale auf dem neuen Boden der revolutionären proletarischen Massenbewegung fort“.

<sup>24</sup> Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden“. Und an anderer Stelle: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie“.

<sup>25</sup> Engels charakterisierte 1890 die Außenpolitik Bismarcks folgendermaßen:

„Der Krieg 1859 hatte auch Preußen aufgeschreckt. Es hatte seine Armee fast verdoppelt und einen Mann ans Ruder gestellt, der es mit der russischen Diplomatie wenigstens in einem Punkt aufnehmen konnte: in der Rücksichtslosigkeit in betreff der anzuwendenden Mittel. Dieser Mann war Bismarck. Während des polnischen Aufstandes 1863 nahm er, gegenüber Oesterreich, Frankreich und England, in theatralischer Weise Partei für Rußland, und tat alles, um diesem den Sieg zu verschaffen. Das sicherte ihm den Abfall des Zaren von seiner gewohnten Politik in der schleswig-holsteinschen Frage; die Herzogtümer wurden 1864 mit zarischer Erlaubnis von Dänemark losgerissen. Dann kam der preußisch-österreichische Krieg 1866; hier freute sich der Zar wieder über die erneute Züchtigung Oesterreichs und die wachsende Macht Preußens, des allein treuen — selbst nach den Fußtritten von 1849—50 noch treuen Vasallen. Der Krieg von 1866 zog den deutsch-französischen Krieg 1870 nach sich, und wieder trat der Zar auf die Seite seines preußischen ‚Djadja Molodez‘; er hielt Oesterreich direkt in Schach, und beraubte so Frankreich des einzigen Bundesgenossen, der es vor vollständiger Niederlage retten konnte. Aber wie Louis Bonaparte 1866, so wurde Alexander 1870 geprellt durch die raschen Erfolge der deutschen Waffen“ (Engels, „Die auswärtige Politik des russischen Zarismus“, „Die Neue Zeit“, Jahrgang 1890, S. 198—199). — Ueber die historische Bedeutung des deutsch-französischen Krieges, der der größte Erfolg der Außenpolitik Bismarcks war, schrieb Lenin: „Im deutsch-französischen Krieg wurde Frankreich von Deutschland ausgeraubt, aber das ändert nicht die grundlegende historische Bedeutung dieses Krieges, der viele Millionen Deutsche von der feudalen Zersplitterung und von der Unterdrückung durch zwei Despoten, den russischen Zaren und Napoleon III., befreite.“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XVIII, S. 248.)

<sup>26</sup> Der Internationale Freiheits- und Friedensbund war die in den 60er

und 70er Jahren bestehende internationale Organisation der bürgerlichen Demokraten und Pazifisten, der Anhänger des Freihandels. Gegen diesen 1867 in Genf gegründeten Bund führte die I. Internationale auf Verlangen und unter Führung von Marx einen entschiedenen Kampf. Die Losungen des Bundes waren: „Allgemeine Verbrüderung der Völker“, „Vereinigte Staaten von Europa!“ Siehe Engels über diesen Bund auf S. 33 unserer Ausgabe.

<sup>27</sup> Nach dem Fall der Pariser Kommune suchte Bismarck in den Jahren 1871—72 einen formellen Vertrag mit Oesterreich und Rußland zu schließen zwecks gemeinsamer Verfolgung der revolutionären Bewegung, insbesondere der I. Internationale. Obwohl ein formeller Bund nicht geschlossen wurde, arbeiteten doch die Regierungsorgane der Großmächte in Wirklichkeit bereits damals Hand in Hand bei der Verfolgung der Revolutionäre.

<sup>28</sup> In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dem Organ Bismarcks, war am 20. März 1875 in der Nr. 67 ein Leitartikel über den Programm-entwurf der Sozialdemokratischen Partei erschienen. Dieser Artikel beschäftigte sich besonders mit Punkt 5 des Programms, von dem Marx hier spricht. Es wurde darin über diesen Punkt gesagt, daß die Sozialdemokraten offenbar „sich von dem Einfluß der Internationale wenigstens bis zu einem gewissen Grade lossagen zu wollen scheinen“, daß die „sozialdemokratische Agitation in mancher Hinsicht behutsamer geworden ist“ und die Internationale verleugnet.

<sup>29</sup> Engels, der die „Internationalität“ des Gothaer Programms ebenso wie Marx einschätzte, schrieb am 13. August 1875 an F. Becker: „In Deutschland hat man... nach der Vereinigung mit den Lassalleern die ohnehin lose Verbindung mit der Internationale ganz abgesagt“.

<sup>30</sup> Lassalle formulierte dieses „Gesetz“ folgendermaßen: „Das eiserne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsgemäß zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist“ („Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig“). Siehe die Kritik von Engels im Brief an Bebel vom 18. März 1875 auf S. 31.

<sup>31</sup> F. A. Lange (1828—1875) — deutscher Gelehrter, idealistischer Philosoph, kleinbürgerlich-demokratischer Publizist, Verfasser des sozialreformistischen Buches „Die Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft“ (erste Auflage 1865, zweite Auflage 1870). Marx schrieb in einem Brief an Kugelmann vom 27. Juni 1870 über Lange folgendes: „Herr Lange (Ueber die Arbeiterfrage etc., zweite Auflage) macht mir große Elogien, aber zu dem Behuf, sich selbst wichtig zu machen. Herr Lange hat nämlich eine große Entdeckung gemacht. Die ganze Geschichte ist nur unter ein einziges großes Naturgesetz zu sublimieren. Dieses Naturgesetz ist die Phrase (— der Darwinsche Ausdruck wird in dieser Anwendung bloße Phrase —) „struggle for life“, „Kampf ums Dasein“, und der Inhalt dieser Phrase ist das Malthussche Bevölkerungs- oder rather Uebersättigungsgesetz. Statt also dem struggle for life, wie er sich geschichtlich in verschiedenen bestimmten Gesellschaftsformen darstellt, zu analysieren, hat man nichts zu tun, als jeden konkreten Kampf in Phrase „struggle for life“ und diese Phrase in die Malthussche Bevölkerungsphantasie umzusetzen. Man muß zugeben, daß dies eine sehr eindringliche Methode — für gespreizte, wissenschaftlich tuende,

hochtrabende Unwissenheit und Denkfaulheit ist.“ Ueber das Malthussche „Gesetz“ siehe die folgende Anmerkung.

<sup>32</sup> Thomas Robert Malthus (1768—1834) — englischer Oekonom. Entwickelte in seinem Buche „Versuch über das Bevölkerungsprinzip“ (1798) den Gedanken, daß ein unveränderliches Bevölkerungsgesetz bestehe, auf Grund dessen die Bevölkerung rascher (in geometrischer Progression — 1, 2, 4, 8, 16...) wächst als die Existenzmittel (die Erzeugung der Existenzmittel wächst in arithmetischer Progression — 1, 2, 3, 4, 5, ...). Nach Malthus besteht also die Ursache des Elends in dem natürlichen Widerspruch zwischen dem unbegrenzten Drang der Menschen nach Vermehrung und dem begrenzten Wachstum der Existenzmittel. Marx, der das Malthussche Buch als ein Pasquill auf das Menschengeschlecht bezeichnete, zeigte die Unsinnigkeit dieses „Gesetzes“ von Malthus und bewies, daß „in der Tat jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen, historisch gültigen Bevölkerungsgesetze hat“ („Kapital“, Band I, Kap. 23, § 3.) In diesem Kapitel wird in den §§ 2—3 eine Kritik der Malthusschen Theorie gegeben und das der kapitalistischen Produktionsweise eigene Bevölkerungsgesetz dargelegt).

<sup>33</sup> Lassalle wurde im September 1864 in einem Duell getötet.

<sup>34</sup> Engels schreibt über die kapitalistische Lohnsklaverei in seinem Buche „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ folgendes: „Der Arbeiter ist rechtlich und faktisch Sklave der besitzenden Klasse, der Bourgeoisie, so sehr ihr Sklave, daß er wie eine Ware verkauft wird, wie eine Ware im Preise steigt und fällt. Steigt die Nachfrage nach Arbeitern, so steigen die Arbeiter im Preise; fällt sie, so fallen sie im Preise; fällt sie so sehr, daß eine Anzahl Arbeiter nicht verkäuflich sind, ‚auf Lager bleiben‘, so bleiben sie eben liegen, und da sie vom bloßen Liegen nicht leben können, so sterben sie Hungers... Der ganze Unterschied gegen die alte, offenherzige Sklaverei ist nur der, daß der heutige Arbeiter frei zu sein scheint, weil er nicht auf einmal verkauft wird, sondern stückweise, pro Tag, pro Woche, pro Jahr, und weil nicht ein Eigentümer ihn dem anderen verkauft, sondern er sich selbst auf diese Weise verkaufen muß, da er ja nicht der Sklave eines einzelnen, sondern der ganzen besitzenden Klasse ist. Für ihn bleibt die Sache im Grunde dieselbe, und wenn dieser Schein der Freiheit ihm auch einerseits einige wirkliche Freiheit geben muß, so hat er auf der anderen Seite auch den Nachteil, daß ihm kein Mensch seinen Unterhalt garantiert, daß er von seinem Herrn, der Bourgeoisie, jeden Augenblick zurückgestoßen und dem Hungertod überlassen werden kann, wenn die Bourgeoisie kein Interesse mehr an seiner Beschäftigung, an seiner Existenz hat. — Die Bourgeoisie dagegen stent sich bei dieser Einrichtung viel besser als bei der alten Sklaverei — sie kann ihre Leute abdanken, wenn sie Lust hat, ohne daß sie dadurch ein angelegtes Kapital verliere, und bekommt überhaupt die Arbeit viel wohlfeiler getan, als es sich durch Sklaven tun läßt, wie dies Adam Smith ihr zu Troste vorrechnet.“

<sup>35</sup> Louis Philippe (1773—1850) — König von Frankreich während der „Julimonarchie“. Die Julirevolution 1830 brachte ihn auf den Thron, die Februarrevolution 1848 stürzte ihn.

<sup>36</sup> Buchez (1796—1865) — französischer Historiker und Publizist. War in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts der Führer des französischen katholischen „Sozialismus“, der im Gegensatz zu der damals erstarkten revolutionären Arbeiterbewegung die Forderung der Schaffung von Produktivgenossenschaften mit Unterstützung des Staates aufstellte. Ueber ihn siehe Engels in dem Brief an Bebel vom 18.—28. März 1875.

<sup>37</sup> „Atelier“ — die erste Arbeiterzeitschrift (Monatschrift) in Frank-

reich (Paris), die ausschließlich von Arbeitern geschrieben, redigiert und herausgegeben wurde (1840—1848). Die Gruppe „Atelier“ stand unter dem Einfluß des reaktionären katholischen Sozialismus von Buchez. Politisch unterstützte sie die bürgerlichen Liberalen.

<sup>88</sup> „Bisher — schrieb Lenin im Herbst 1916 über diese These — galt das für die Sozialisten als unbestrittene Wahrheit, und in ihr liegt die Anerkennung des Staats bis zum Umschlagen des siegreichen Sozialismus in den vollen Kommunismus“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XIX, S. 298). In dieser Formulierung ist bereits das Wesentliche des gesamten fünften Kapitels des Buches „Staat und Revolution“ enthalten, das wir in der Beilage zu unserer Ausgabe bringen. — Der Renegat Kautsky „korrigierte“ im Jahre 1922 diese These von Marx folgendermaßen: „Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den andern. Dem entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird“ (K. Kautsky, „Die proletarische Revolution und ihr Programm“, 1922, S. 196). Damit schlug Kautsky die theoretische Brücke für den Uebergang der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus und Faschismus.

<sup>89</sup> Siehe die Bemerkung Lenins zu dieser Stelle der „Kritik des Gothaer Programms“ auf S. 61 unserer Ausgabe.

<sup>90</sup> Der genaue Text der fünf „politischen Forderungen“ lautet: 1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Männer vom 21. Lebensjahr an für alle Wahlen in Staat und Gemeinde; 2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht; 3. Allgemeine Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung; 4. Abschaffung aller Ausnahme-gesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; 5. Rechtssprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

<sup>91</sup> Die Deutsche Volkspartei oder Demokratische Partei wurde im September 1866 in Darmstadt gegründet und auf ihrem Stuttgarter Parteitag im September 1868 reorganisiert. Das war eine Partei der oppositionell, teilweise revolutionär gestimmten Kleinbourgeois der deutschen Klein- und Mittelstaaten, hauptsächlich Süddeutschlands. Der Bismarckschen Politik der Einigung Deutschlands unter der Hegemonie des monarchistischen junkerlichen Preußens stellte sie die Forderung der Schaffung einer demokratischen deutschen Republik entgegen. Sie stand in engem Kontakt mit dem Internationalen Friedens- und Freiheitsbund (siehe Anmerkung 26). Sie suchte Einfluß auf die Arbeiter zu gewinnen. Sie förderte die Gründung aller möglichen Arbeiterbildungsvereine und spielte eine führende Rolle auf den alljährlich stattfindenden Reichskongressen der „Deutschen Arbeitervereine“. Ihre sächsische Organisation, die fast ausschließlich aus Mitgliedern der Arbeitervereine bestand, war ein Stützpunkt für Wilhelm Liebknecht und August Bebel, die damals innerhalb der „Volkspartei“ ihre Agitation für die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei trieben. Nachdem Liebknecht und Bebel auf Verlangen von Marx und Engels im September 1868 auf dem Nürnberger Kongreß des Bundes der Deutschen Arbeitervereine den Anschluß dieses Bundes an die I. Internationale durchsetzten und ein Jahr später, im August 1869, auf dem Eisenacher Kongreß der Arbeitervereine die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet wurde, verlor die Volkspartei sehr bald ihren Einfluß unter den Arbeitern. Die Eisenacher blieben weiter in einem gewissen Kontakt mit ihrem linken Flügel. Siehe darüber Anmerkung 58.

<sup>92</sup> Gemeint ist Napoleon III. (Louis Bonaparte) — der französische Kaiser (1851—1870).

<sup>43</sup> „Marx — schrieb Lenin im Jahre 1913 über diese Charakteristik der Verfassung des neuen Hohenzollernschen Deutschen Reiches — hat das wirkliche Wesen der deutschen ‚Verfassung‘ unendlich tiefer erfaßt als Hunderte von Professoren, Pfaffen und Schriftstellern der Bourgeoisie, die Lobeshymnen auf den ‚Rechtsstaat‘ sangen. Sie krochen vor dem Erfolg und dem Triumph deutscher Hofgünstlinge auf dem Bauche. Er ließ sich bei Beurteilung des Klassenwesens der Politik nicht von der gegebenen ‚Wendung‘ der Ereignisse leiten, sondern von der gesamten Erfahrung der internationalen Demokratie und der internationalen Arbeiterbewegung“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XVII, Aufsatz über „Zabern“).

<sup>44</sup> Siehe die Bemerkung Lenins zu dieser Stelle der „Kritik des Gothaer Programms“ auf S. 62 unserer Ausgabe.

<sup>45</sup> W. Gladstone (1809—1898) — einer der bedeutendsten englischen liberalen Minister der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Sein Bruder, R. Gladstone (1805—1875), Großhändler in Liverpool, trieb Propaganda für die Einführung von Progressivsteuern, die in erster Linie den Großgrundbesitz belasten sollten.

<sup>46</sup> „Der Kulturkampf — schrieb Lenin —, der ‚Kampf für die Kultur‘, das ist der Kampf Bismarcks in den 70er Jahren gegen die deutsche Katholikenpartei, das ‚Zentrum‘, durch polizeiliche Verfolgungen des Katholizismus. Mit diesem Kampfe stärkte Bismarck nur den streitbaren Klerikalismus der Katholiken, schadete er nur der wirklichen Kultur, denn er rückte die religiösen Trennungen in den Vordergrund an Stelle der politischen, lenkte die Aufmerksamkeit einiger Schichten der Arbeiterklasse und der Demokratie von den dringenden Aufgaben des revolutionären Klassenkampfes ab durch den oberflächlichsten, verlogenen bürgerlichen Antiklerikalismus“ („Ueber die Stellung der Arbeiterpartei zur Religion“, 1909, Sämtliche Werke, Bd. XIV).

<sup>47</sup> Siehe Lenin (1907): (Die Arbeiterpartei) „hält die Religion gegenüber dem Staat, keineswegs aber gegenüber sich selbst, gegenüber dem Marxismus, gegenüber der Arbeiterpartei für Privatsache“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XIV). Siehe auch Punkt 13 des Programms der KPdSU.

<sup>48</sup> Diese Ergänzung enthält die Forderungen „zum Schutz der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft“. Der erste Punkt, den Marx nicht erwähnt, fordert die „Koalitionsfreiheit“.

<sup>49</sup> D. h. in bezug auf die Verantwortung für die Gesundheit und das Leben der Arbeiter bei Unglücksfällen und in gesundheitsschädlichen Betrieben.

<sup>50</sup> Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet (d. h. meine Pflicht erfüllt).

<sup>51</sup> August Bebel (1840—1913) — einer der bedeutendsten Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des XIX. und zu Beginn des XX. Jahrhunderts, einer der Begründer und Führer der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale. Von Beruf Drechsler, Bebel, der „in der Periode der Herausbildung und Erstarkung sozialistischer Massenparteien von proletarischer Klassenzusammensetzung“ (Lenin) wirkte, vermochte es unter dem starken Einfluß von Marx und Engels, die ihn unterstützten und die von ihm begangenen prinzipiellen und taktischen Fehler opportunistischen Charakters kritisierten, das Fundament für eine wirkliche proletarische Massenpartei zu schaffen. Nach dem Tode von Engels im Jahre 1884, unter den Verhältnissen der imperialistischen Epoche, stand Bebel nicht mehr auf der Höhe eines revolutionären proletarischen Führers. Er trat zwar

Marx, Kritik des Gothaer Programms

heftig gegen das Bernsteinianertum, gegen den offenen Opportunismus auf, aber in Wirklichkeit paßte er sich dem in der deutschen Sozialdemokratie sowie in der ganzen II. Internationale erstarkten Opportunismus an. Dieser Zentrismus kam auch in seiner Stellung zum Bolschewismus zum Ausdruck, in seinem Versuche, gemeinsam mit Kautsky und anderen den Bolschewismus im Menschewismus aufzulösen.

<sup>20</sup> Wilhelm Hasenclever, Wilhelm Hasselmann und Wilhelm Tölcke waren zu jener Zeit die bedeutendsten Führer der Lassalleaner. Der erste war in den Jahren 1871—1875 Vorsitzender der Partei; nach der Vereinigung mit den Eisenachern stand er an verantwortlichen Stellen in der Partei, spielte aber keine führende Rolle mehr. Er starb im Jahre 1889. Der zweite wurde während des Sozialistengesetzes Anarchist, im Jahre 1880 wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Tölcke (1817—1893) blieb bis zum Ende seines Lebens in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, aber an der Führung der vereinigten Partei nahm er keinen großen Anteil.

<sup>21</sup> Das Programm der von W. Liebknecht und A. Bebel geführten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, die auf dem Parteitag in Eisenach im August 1869 („Eisenacher“) gegründet wurde. Siehe Anmerkung 41.

<sup>22</sup> Gemeint sind die „Eisenacher“.

<sup>23</sup> Ueber diesen Satz von Lassalle siehe die Kritik von Marx auf Seite 12 ff. und Anmerkung 17.

<sup>24</sup> Ueber die „Volkspartei“ siehe Anmerkung 41. Die Eisenacher blieben auch nach 1871 in politischem Kontakt mit dem linken Flügel der von J. Jacoby geführten „Volkspartei“. Jacoby war ein alter Demokrat und Republikaner, der dem Bismarckschen Reich feindlich gegenüberstand. Liebknecht, als Führer der Eisenacher, verstand es nicht, eine genügend scharfe Grenze zu ziehen, den prinzipiellen Unterschied zwischen der oppositionellen Politik der kleinbürgerlichen Demokratie einerseits und der revolutionären Politik der proletarischen sozialistischen Partei andererseits hervorzuheben. Marx und Engels rügten häufig Liebknecht wegen dieses rechtsopportunistischen Fehlers, der Wasser auf die Mühle der Lassalleaner war.

<sup>25</sup> Der „Volksstaat“ — Zentralorgan der Eisenacher in den Jahren 1870—1876. Erschien zweimal wöchentlich in Leipzig. Redakteur des Blattes war Wilhelm Liebknecht.

<sup>26</sup> Die „Frankfurter Zeitung“ war damals ein oppositionelles Organ der süddeutschen kleinbürgerlichen Demokraten. In der „Arbeiterfrage“ nahm sie einen sozialreformerischen Standpunkt ein. Jetzt ist sie das Organ der liberalen Fraktion der deutschen Großbourgeoisie.

<sup>27</sup> Siehe den „Entwurf“ auf S. 99 ff. Die Kritik von Marx auf S. 22 ff.

<sup>28</sup> Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter bekundeten seit Beginn des deutsch-französischen Krieges 1870/71 in einer Reihe von Resolutionen und Anrufen ihre feindliche Stellung zu den deutschen Führern des Krieges, ihre Solidarität mit den französischen Arbeitern; nach dem Siege der Preußen bei Sedan aber forderten sie einen „ehrenhaften Frieden für Frankreich“ und protestierten gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen. Im Reichstag traten Bebel und Liebknecht mit einem scharfen Protest gegen den Krieg auf und enthielten sich bei der Abstimmung über die Kriegskredite der Stimme. Nach Sedan stimmten sie gegen die Kriegskredite. Ausführlich werden diese Dinge in den von Marx verfaßten beiden Anrufen des Generalkomitees der I. Internationale über den deutsch-französischen Krieg behandelt: K. Marx, „Der

Bürgerkrieg in Frankreich“, 1871. — Engels schrieb im Jahre 1874: „Gleich 1870 trat eine schwere Prüfung an die deutschen Arbeiter heran: die bonapartistische Kriegsprovokation und ihre natürliche Wirkung: der allgemeine nationale Enthusiasmus in Deutschland. Die deutschen sozialistischen Arbeiter ließen sich keinen Augenblick irre machen. Nicht eine Regung von nationalem Chauvinismus trat bei ihnen hervor. Mitten im tollsten Siegestaumel blieben sie kalt, verlangten einen billigen Frieden mit der französischen Republik und keine Annexionen, und selbst der Belagerungszustand konnte sie nicht zum Schweigen bringen. Kein Schlachtenruhm, kein Gerede von deutscher ‚Reichsherrlichkeit‘ zog bei ihnen; ihr einziges Ziel blieb die Befreiung des gesamten europäischen Proletariats. Man darf wohl sagen: einer so schweren, so glänzend bestandenen Probe sind die Arbeiter keines anderen Landes bisher unterworfen worden“ (Fr. Engels, „Der deutsche Bauernkrieg“, Vorwort vom 1. Juli 1874).

<sup>29</sup> Siehe die Erläuterungen von Marx auf S. 16 ff.

<sup>30</sup> Die beiden von Lassalle in Frankfurt am Main am 17. und 19. Mai 1863 gehaltenen Reden wurden vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als „Arbeiterlesebuch“ herausgegeben. Engels meint die Stelle aus der ersten Rede, die Lassalle seiner Broschüre „Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig“ (Zürich 1863) entnommen hat. Die Stelle wird von uns in der Anmerkung 30 zitiert.

<sup>31</sup> Wilhelm Bracke (1843—1890) — einer der Führer der Eisenacher. Er stand Marx und Engels sehr nahe, unterstützte sie auch, allerdings nicht sehr energisch, in ihrem Kampf gegen die opportunistischen Fehler des Gothaer Programms. Im Jahre 1873 schrieb er die Broschüre „Der Lassallesche Vorschlag“. Diese Broschüre, die gegen den 10. Punkt des Eisenacher Programms von 1869 über die staatliche Förderung der Arbeiterproduktionsgenossenschaften gerichtet war, gibt eine ausführliche Kritik der Lassalleschen Bewegung. „... Nachdem ich mit den Werken von Karl Marx bekannt geworden und in die ‚Eisenacher‘ Partei eingetreten war — schrieb Bracke im Vorwort zu seiner Broschüre —, wurde ich mehr und mehr davon überzeugt, daß ein Streben nach Verwirklichung jenes Vorschlags der Arbeiterbewegung nicht allein nicht nützen könne, sondern schaden müsse.“ Siehe auch Anmerkung 75.

<sup>32</sup> Armand Gögg (1820—1897) — kleinbürgerlicher Demokrat aus Baden, bekannter Politiker in der Revolution von 1848—1849. In den 60er Jahren trieb er pazifistische Propaganda. Er war einer der Führer des Friedens- und Freiheitsbundes (siehe Anmerkung 26).

<sup>33</sup> Pierre Joseph Proudhon (1808—1865) — kleinbürgerlicher Theoretiker. Im dritten, kritischen Teil des „Kommunistischen Manifests“ figuriert Proudhon unter den „konservativen oder bürgerlichen“ Sozialisten. „Keine Beseitigung des Kapitalismus und seiner Grundlage — der Warenproduktion, sondern Reinigung dieser Grundlage von Mißständen, Auswüchsen usw.; keine Beseitigung von Tausch und Tauschwert, sondern, umgekehrt, ‚Konstituierung‘ von Tausch und Tauschwert, sie allgemein, absolut, ‚gerecht‘, frei von Schwankungen, Krisen, Mißständen zu machen, — das war die Idee von Proudhon“ (Lenin, Sämtliche Werke, „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, 1913, Bd. XVII). Proudhon erkannte die Notwendigkeit der Organisation des Proletariats an, aber nur in der Form von allen möglichen Genossenschaften, die sozusagen hinter dem Rücken des Kapitalismus den

Sozialismus errichten werden. Indem Proudhon die Notwendigkeit der Teilnahme des Proletariats am politischen Kampf leugnete, wurde er zum Theoretiker des friedlichen Anarchismus. Der Proudhonismus in der Epoche der I. Internationale übte auf die Arbeiterbewegung einer Reihe von romanischen Ländern, in deren Volkswirtschaft der Kleinbetrieb vorherrschte, einen großen Einfluß aus. Der Kampf von Marx und Engels gegen den Proudhonismus in der I. Internationale führte zum Sieg des Marxismus. Unter den Anarcho-Syndikalisten Frankreichs und Spaniens hat der Proudhonismus bis auf den heutigen Tag einen gewissen Einfluß behalten. — Das Buch von Marx gegen Proudhon erschien im Jahre 1847 in französischer Sprache unter dem Titel „La Misère de la Philosophie“. Die Stelle, die Engels meint, zitiert Lenin in dem Heft „Der Marxismus über den Staat“. Siehe S. 55 unserer Ausgabe.

<sup>66</sup> Die betreffende Stelle aus dem „Kommunistischen Manifest“ zitiert Lenin ebenda. Siehe S. 71—72 unserer Ausgabe.

<sup>67</sup> Wir führen hier eine vergessene Äußerung von Engels an über die Frage des Absterbens des Staates und über die Diktatur des Proletariats aus einem Brief von ihm an den amerikanischen Sozialisten van Patten vom 18. April 1883: „Marx und ich haben, seit 1845, die Ansicht geübt, daß eine der schließlichen Folgen der künftigen proletarischen Revolution sein wird die allmähliche Auflösung und das endgültige Verschwinden der mit dem Namen Staat bezeichneten politischen Organisationen. Der Hauptzweck dieser Organisationen war von jeher die Sicherstellung, durch bewaffnete Gewalt, der ökonomischen Unterdrückung der arbeitenden Mehrzahl durch die ausschließlich begüterte Minderzahl. Mit dem Verschwinden einer ausschließlich begüterten Minderzahl verschwindet auch die Notwendigkeit einer bewaffneten Unterdrückungs- oder Staatsgewalt. Gleichzeitig aber war es immer unsere Ansicht, daß um zu diesen und den anderen weit wichtigeren Zielen der künftigen sozialen Revolution zu gelangen, die Arbeiterklasse zuerst die organisierte politische Gewalt des Staates in Besitz nehmen, und mit ihrer Hilfe den Widerstand der Kapitalistenklasse niederstampfen und die Gesellschaft neu organisieren muß. Dies ist bereits zu lesen im „Kommunistischen Manifest“ von 1847, Kapitel II, Schluß.“

Die Anarchisten stellen die Sache auf den Kopf. Sie erklären, die proletarische Revolution müsse damit anfangen, daß sie die politische Organisation des Staates abschafft. Aber die einzige Organisation, die das Proletariat nach seinem Siege fertig vorfindet, ist eben der Staat. Dieser Staat mag sehr bedeutender Änderungen bedürfen, ehe er seine neuen Funktionen erfüllen kann. Aber ihn in einem solchen Augenblick zerstören, das hieße den einzigen Organismus zerstören, vermittle dessen das siegende Proletariat seine eben eroberte Macht geltend machen, seine kapitalistischen Gegner niederhalten und diejenige ökonomische Revolution der Gesellschaft durchsetzen kann, ohne die der ganze Sieg enden müßte in einer neuen Niederlage und einer Massenabschlachtung der Arbeiter, ähnlich derjenigen nach der Pariser Kommune.“

<sup>68</sup> Lenin legte diesem Vorschlag große prinzipielle Bedeutung bei. Siehe S. 56 unserer Ausgabe.

<sup>69</sup> Warum Marx und Engels nach der Annahme dieses opportunistischen Programms nicht öffentlich dagegen auftraten, darüber siehe den Brief von Engels an Bracke vom 11. Oktober 1875 (S. 41—43).

<sup>70</sup> Gemeint ist das Buch Bakunins „Politik und Anarchie, Der Kampf der beiden Parteien in der Arbeiterinternationale“ (1873), in dem Bakunin Liebknecht als „Agenten des Herrn Marx“ bezeichnet und Marx für alle theo-

retischen und taktischen Fehler Liebknechts verantwortlich macht, der „unter der direkten Führung von Marx handelt“.

<sup>71</sup> Wilhelm Liebknecht (1826—1900) — eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Als süddeutscher Demokrat nahm er an der Revolution von 1848—1849 teil. In den 50er Jahren emigrierte er nach London, wo er unter dem Einfluß von Marx Sozialist wurde. Er begründete zusammen mit Bebel in den Jahren 1868—1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands (Eisenacher); er entfaltete eine energische Agitation für den revolutionären Weg der Einigung Deutschlands — wobei er allerdings nicht selten in „Austrophilie“ verfiel und den Partikularismus verteidigte, — und führte den Kampf gegen die Lassalleaner. Während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 nahm er einen revolutionären internationalistischen Standpunkt ein. Er war jahrzehntelang Chefredakteur des Zentralorgans der Partei, Mitglied des Parteivorstands, Reichstagsabgeordneter usw. Die Agitation Liebknechts riß die proletarischen Massen durch die Verteidigung der Idee des Klassenkampfes mit und erzog sie zum Haß gegen die bestehende kapitalistische Ordnung. In seiner Schrift „Was tun?“ (1902) charakterisiert Lenin ihn als Musterbild eines „Volkstribunen“. Als politischer Führer der Partei beging er schwere opportunistische Fehler, die ihren Grund in der undialektischen Denkweise und in seiner Neigung zur Reverenz vor der vulgären Demokratie hatten. Für die groben prinzipiellen und taktischen Fehler, die von den Eisenachern bei der Vereinigung in Gotha 1875 begangen wurden, trägt vor allen Dingen Liebknecht die Verantwortung, ebenso für die Kopflösigkeit in der ersten Zeit nach der Einführung des Bismarckschen Sozialistengesetzes. Im innerparteilichen Kampf in der Frage der Abstimmung über die Subsidien für die Schiffahrtsgesellschaften im Jahre 1885 nahm er einen versöhnlichen Standpunkt ein. Er ging oft mit Bebel auseinander, der unter der Führung von Engels in einer ganzen Reihe von Fragen einen richtigeren Standpunkt einnahm. Indem Liebknecht den Kampf gegen die herrschenden Klassen und die Regierung führte, verteidigte er, der sich selbst im Jahre 1872 als „Soldat der Revolution“ bezeichnete, gleichzeitig des öfteren die Lassallesche Idee der friedlichen „kulturellen“ Revolution und leugnete die Rolle der Gewalt in der sozialistischen Revolution. Trotzdem aber verknüpfte ihn sein revolutionärer Enthusiasmus, der in seiner agitatorischen Tätigkeit zum Ausdruck kam, auf engste mit dem revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung, und am Ende seines Lebens kämpfte Liebknecht gegen die Opportunisten vom Schlage Millerands, Bernsteins u. a. Im Vorwort zur russischen Uebersetzung der Broschüre Liebknechts „Keinerlei Kompromisse“ (1899) charakterisierte Lenin im Jahre 1907 seine Taktik in der Frage eines Abkommens mit den oppositionellen bürgerlichen Parteien als Muster einer revolutionären Taktik und stellte sie der Taktik der Menschewiki entgegen (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. X).

<sup>72</sup> „Demokratisches Wochenblatt“ — Organ der Eisenacher bis zu ihrer formellen Trennung von der kleinbürgerlichen radikalen Sächsischen Volkspartei. Erschien unter der Redaktion von W. Liebknecht in Leipzig in den Jahren 1868—1869.

<sup>73</sup> Shylock — der Typus des geizigen Wucherers in Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig“.

<sup>74</sup> Liebknecht und Bebel wurden wegen ihrer revolutionären internationalistischen Stellungnahme während des deutsch-französischen Krieges 1870/71

im März 1872 zu zwei Jahren Festung in dem berühmten Leipziger Hochverratsprozeß verurteilt. Die Haft Bebel's ging am 14. Mai 1874 zu Ende, aber nach sechs Wochen mußte er abermals ins Gefängnis auf weitere neun Monate wegen „Majestätsbeleidigung“ in Zwickau (Sachsen). Das Ende seiner Haft, der 1. April 1875, fiel zufällig mit dem Geburtstag Bismarck's zusammen.

<sup>75</sup> Bracke (siehe Anmerkung 63) kritisierte in einem Brief vom 25. März 1875 an Engels sehr heftig den Entwurf des Gothaer Programms. „Die Annahme dieses Programms ist für mich unmöglich — schreibt er —, und auch Bebel ist derselben Meinung für sich.“ Sein Hauptaugenmerk in seiner Kritik richtete Bracke auf den Programmpunkt über die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe. Durch die Annahme dieses Punktes verwandelte sich die Partei, nach der Meinung Brackes, in eine Sekte, die die gesellschaftliche Entwicklung wie eine Marionette an der Strippe zu halten versucht. „Da aber Bebel entschlossen scheint — schreibt Bracke —, den Kampf aufzunehmen, würde ich mindestens mich gedrängt fühlen, ihn nach Kräften zu unterstützen. Vorher aber möchte ich doch gern wissen, wie Sie und Marx über die Angelegenheit denken. Ihre Erfahrung ist eine reifere, Ihre Einsicht eine bessere als die meine... Stimmen Sie in dieser Beziehung zu, so werde ich Bebel einen Vorschlag machen, damit wir mit einem gemeinschaftlichen Programm vor den Kongreß treten.“ Bebel rechtfertigte jedoch nicht die Hoffnungen Brackes und trat nicht gegen das Programm auf.

<sup>76</sup> R a m m — deutscher Sozialdemokrat, einer der Redakteure des „Volksstaats“ des Zentralorgans der Eisenacher. Er spielte keine führende Rolle in der Partei.

<sup>77</sup> Marx übermittelte in diesem Brief Bracke die „Kritik des Gothaer Programms“. Zusammen mit der „Kritik“ publizierte Engels im Jahre 1891 auch diesen Brief.

<sup>78</sup> August Geib (1842—1879) — Kassierer der Eisenacher, seit 1874 Reichstagsabgeordneter.

<sup>79</sup> Ignaz Auer (1846—1907) — Sekretär der Eisenacher, später einer der Führer des reformistischen Flügels der deutschen Sozialdemokratie.

<sup>80</sup> Marx meint die Broschüre Bakunins „Politik und Anarchie“. Siehe Anmerkung 70.

<sup>81</sup> Ueber diese These siehe die Erläuterung Lentins auf Seite XIII unserer Ausgabe.

<sup>82</sup> Der Vereinigungsparteitag in Gotha tagte vom 22.—27. Mai 1875, der Parteitag der Lassalleaner vorher — im Mai, der Parteitag der Eisenacher dagegen — in Hamburg am 8. Juni.

<sup>83</sup> Die erste französische Uebersetzung des 1. Bandes des „Kapital“, die von Marx selbst redigiert wurde, erschien in Lieferungen in den Jahren 1872 bis 1875 in Paris.

<sup>84</sup> Bernhard Becker (1826—1882) — deutscher Historiker und Publizist, einer der Begründer des Lassalle'schen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Nach dem Tode Lassalle's, auf Grund seines Testaments, Vorsitzender der Partei. Anfang 1856 vollzog er den Bruch mit den Lassalleanern und schloß sich den Eisenachern an. Siehe Anmerkung 89.

<sup>85</sup> Das Buch von Marx „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, das 1853 verfaßt wurde, gab der Verlag „Volksstaat“ in einer neuen Auflage mit einem Nachwort von Marx heraus, das vom 3. Januar datiert ist.

<sup>86</sup> Auf dem Gothaer Parteitag wurden gemäß dem neuen Statut drei leitende Organe gewählt: der Vorstand, die Kontrollkommission und der Ausschuß. Die Aufgabe des letzten bestand darin, in Fällen einzugreifen, wo zwischen Vorstand und Kontrollkommission Meinungsverschiedenheiten entstanden.

<sup>87</sup> D. h. nahmen die erniedrigenden Bedingungen an.

<sup>88</sup> Siehe Anmerkung 41 und Anmerkung 56.

<sup>89</sup> Gemeint ist der Vorschlag des Ausschusses, aus der Liste der Parteiliteratur die gegen Lassalle gerichteten Schriften B. Beckers: „Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalle's“, Schleitz, 1868; „Geschichte der Arbeiteragitation Lassalle's“, Braunschweig 1874, und W. Brackes: „Der Lassalle'sche Vorschlag“, Braunschweig 1873, zu streichen. Siehe Anmerkung 63 und Anmerkung 84.

<sup>90</sup> Leopold Sonnemann (1831—1909) — deutscher Politiker und Schriftsteller, einer der Führer der Volkspartei, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ (siehe Anmerkung 58). Seine ablehnende Stellung zur Politik Bismarck's brachte ihn in den 60er und 70er Jahren in einigen Fragen den Eisenachern näher.

<sup>91</sup> Julius Vahlteich (1839—1915) — Schuster von Beruf. Einer der bedeutendsten Führer der Eisenacher. Vorher Lassalleaner. Bei Lebzeiten Lassalle's trat er gegen dessen Diktatur auf, wofür er aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgeschlossen wurde.

<sup>92</sup> Karl Hirsch (1841—1900) — namhafter deutscher sozialistischer Journalist, der seinerzeit Marx und Engels nahestand.

<sup>93</sup> Dem Vorstand gehörten an: die Lassalleaner Hasenelever, Hartmann, Derossi und die Eisenacher Geib und Auer.

<sup>94</sup> Wilhelm Stieber — hoher Beamter der preußischen politischen Polizei. Verfolgte die revolutionären proletarischen Organisationen aufs schärfste, wandte die gemeinsten Mittel an, um gegen die Angeklagten Beweise zu fabrizieren, wie Urkundenfälschungen, Meineide, Bestechungen, Einbrüche usw. Er war der Leiter der Untersuchung im Kölner Kommunistenprozeß von 1852. Seine damaligen Machinationen wurden von Marx in dem Buche „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, 1853, entlarvt.

<sup>95</sup> Tessendorf — preußischer Staatsanwalt, der in den 70er und 80er Jahren als „Spezialist für politische Prozesse gegen Sozialisten“ sich einen Namen machte.

<sup>96</sup> Die „Leipziger“ d. h. Liebknecht und andere Mitglieder der Redaktion des Zentralorgans „Volksstaat“.

<sup>97</sup> Die nächsten Reichstagswahlen fanden Anfang 1877 statt.

<sup>98</sup> Der letzte (10.) Punkt der „nächsten Forderungen“ des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, das in Eisenach im August 1869 angenommen wurde, lautete: „Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.“

<sup>99</sup> Siehe Anmerkung 63.

<sup>100</sup> Engels meint die Marx'sche „Kritik des Gothaer Programms“. Aber er irrte, als er annahm, daß Bebel die „Kritik“ kannte. Bei der Veröffentlichung

der „Kritik“ durch Engels im Jahre 1891 stellte es sich heraus, daß W. Liebnecht, trotz des ausdrücklichen Hinweises von Marx (siehe seinen Brief an Bracke auf S. 39 unserer Ausgabe), Bebel dieses Dokument nicht gezeigt hatte: „Daß dem Bebel das Schriftstück im Mai-Juni 1875 absichtlich verheimlicht und unterschlagen wurde — wie Engels sich ausdrückte —, ist mir alsbald klar geworden“ (Brief an Kautsky vom 11. Februar 1891). Bebel machte sich erst im Jahre 1891 mit ihm bekannt, als die „Kritik“ bereits in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht worden war. Es muß hinzugefügt werden, daß Bebel bei der Lektüre der „Kritik“ noch vor dem Erscheinen der Nummer den Versuch machte, ihr Erscheinen aufzuhalten, und ein entsprechendes Telegramm abschickte, aber es war schon zu spät (siehe „Vorwärts“, Berlin, 26. Februar 1891).

<sup>101</sup> Vgl. zu diesem Absatz den Brief von Engels an Bracke vom 11. März 1875 und die Anmerkungen 89, 90, 91.

<sup>102</sup> Dieses Vorwort schickte Engels der „Kritik“ bei der Veröffentlichung in der „Neuen Zeit“ im Jahre 1891 voraus. Zur Geschichte der Veröffentlichung siehe den Brief von Engels an K. Kautsky vom 23. Februar 1891 und das Vorwort zu dieser Ausgabe auf S. XIV ff.

<sup>103</sup> Siehe den Brief von Marx an Bracke vom 5. Mai 1875 auf S. 39—40 unserer Ausgabe.

<sup>104</sup> Ueber Bracke, Gelb, Auer, Bebel und Liebnecht siehe die Anmerkungen 51, 63, 71, 78, 79.

<sup>105</sup> Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Halle — der erste Parteitag nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes — beschloß am 16. Oktober 1890 auf Antrag von W. Liebnecht, dem Hauptverfasser des Gothaer Programms, zum nächsten Parteitag den Entwurf eines neuen Programms vorzubereiten. Die von Liebnecht verfaßte und vom Parteitag angenommene Resolution motivierte diesen Beschluß damit, daß das Gothaer Programm „so trefflich es sich auch in den Kämpfen der letzten 15 Jahre, namentlich unter dem Sozialistengesetz bewährt hat, dennoch nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht...“. Das neue Programm der deutschen Sozialdemokratie wurde auf dem Erfurter Parteitag („Erfurter Programm“) angenommen. Im Vergleich zum Gothaer Programm war es ein großer Schritt vorwärts, aber entgegen der dringenden Forderung von Engels überging es mit Stillschweigen die Frage der Diktatur des Proletariats und enthielt in seinen Uebergangsforderungen nicht einmal die Forderung der demokratischen Republik.

<sup>106</sup> Der 5. Kongreß der I. Internationale im Haag im September 1872 stand im Zeichen des Kampfes zwischen den Bakunisten einerseits und dem Generalrat unter Führung von Marx und Engels andererseits. Die Mehrheit des Kongresses trat auf die Seite des Generalrats. Bakunin wurde ausgeschlossen. Aber die Bakunisten setzten den Kampf gegen die Internationale auch nach dem Haager Kongreß fort. Nach zwei, drei Jahren hörte die I. Internationale — die internationale Arbeiterassoziation — formell auf zu existieren, nachdem sie zehn Jahre „europäischer Geschichte nach einer Seite hin — nach der Seite, worin die Zukunft liegt — beherrscht“... (Engels an Sorge, 12.—17. September 1874).

<sup>107</sup> Ueber die wichtigsten prinzipiellen und praktischen Differenzen zwischen dem Marxismus und Bakunismus schrieb Lenin: „Der Marxismus unterscheidet sich vom Anarchismus dadurch, daß er die Notwendigkeit des Staates für den Uebergang zum Sozialismus anerkennt, aber (und das unter-

scheidet ihn von Kautsky und Co.) nicht eines Staates in der Art der gewöhnlichen parlamentarischen, bürgerlichen, demokratischen Republik, sondern eines Staates, wie die Pariser Kommune von 1871, wie die Arbeiterräte von 1905 und 1917... Denn damals, nach der Niederlage der Pariser Kommune, hatte die Geschichte die langsame Organisations- und Aufklärungsarbeit auf die Tagesordnung gesetzt. Eine andere Arbeit gab es nicht. Die Anarchisten waren (und bleiben) nicht nur theoretisch, sondern auch ökonomisch und politisch durchaus im Unrecht. Die Anarchisten haben die Lage falsch beurteilt, sie haben die Weltlage nicht begriffen: die durch die imperialistischen Profite korrumpierten Arbeiter in England, die niedergeschlagene Pariser Kommune, die eben (1871) siegreiche bürgerlich-nationale Bewegung in Deutschland, das den jahrhundertelangen Schlaf schlafende Rußland der Halbleibeigenschaft. Marx und Engels haben die Lage richtig beurteilt; sie haben die internationale Lage begriffen, sie haben die Aufgaben der lang-samen Heranreifens zur sozialen Revolution erkannt“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XX, 1. Teil, Seite 179—180). In „Staat und Revolution“ schreibt Lenin: „Die Anarchisten versuchten gerade die Pariser Kommune sozusagen ‚für sich‘ zu reklamieren, als eine Bestätigung ihrer Lehre, wobei sie die Lehren der Kommune und die Analyse dieser Lehren durch Marx absolut nicht begriffen hatten. Der Anarchismus hat nichts beigetragen, was der Wahrheit über die konkreten politischen Fragen auch nur annähernd nahe kam: soll man die alte Staatsmaschinerie zerschlagen? — und wodurch sie ersetzen?“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXI, S. 560). Ueber die Fehler Bucharins in der Frage des Unterschieds zwischen den Marxisten und Anarchisten in bezug auf ihre Stellung zum Staat siehe den Artikel Lenins „Die Jugendinternationale“ in Bd. XIX der Sämtlichen Werke. — Zur Frage der grundlegenden prinzipiellen Differenz zwischen Marxismus und Anarchismus siehe auch Anmerkung 67.

<sup>108</sup> In dem von uns publizierten Text der „Kritik“ sind alle ausgelassenen Stellen wieder aufgenommen worden.

<sup>109</sup> Kautsky war damals Redakteur der „Neuen Zeit“, des theoretischen Organs der deutschen Sozialdemokratie, in der Engels die Marxsche „Kritik“ veröffentlichte.

<sup>110</sup> Von diesen Zeitungen waren die beiden ersten sozialdemokratische, die letzte eine bürgerliche Zeitung.

<sup>111</sup> Engels meint den Umstand, daß er bei der Absendung des Textes der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ an Kautsky diesen darauf aufmerksam gemacht, daß, falls die „Kritik“ nicht in der „Neuen Zeit“ gebracht werde, er sie in der Wiener „Arbeiterzeitung“ publizieren werde, d. h. so oder anders werde die Marxsche „Kritik“ erscheinen.

<sup>112</sup> W. Dietz (1843—1922) — deutscher Sozialdemokrat, Reichstagsabgeordneter, Leiter des Parteiverlags in Stuttgart, wo er auch die „Neue Zeit“ herausgab. Er gehörte stets zum rechten opportunistischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie. Während des Krieges Sozialchauvinist.

<sup>113</sup> Obwohl W. Liebnecht in seinem Referat auf dem Halleser Parteitag (siehe Anmerkung 105) anerkannte, daß das alte Programm einer Umarbeitung bedürftig sei, tat er es doch auf alle mögliche Weise als „Kampfbanner“, „Leitern“ usw. Liebnecht untersuchte jeden Punkt des Gothaer Programms einzeln, führte hier und da die Einwände von Marx und Engels an, ohne ihre Namen zu nennen, und beendete die Analyse eines jeden Punktes mit der Schlussfolgerung, daß der Punkt „prinzipiell“ „im wesent-

lichen" „zweifellos" richtig sei, obwohl er einer anderen Fassung bedürfe. Nur gegen den Satz vom „ehernen Lohngesetz" und die Forderung der Schaffung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe wandte er sich energisch. In der Frage des Staates vertrat Liebknecht die Meinung, daß es an Stelle des „freien Staates" „vielleicht besser wäre: die sozialistische Gesellschaft im freien Staat" zu setzen. Die Frage der Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus formulierte Liebknecht in seinem Schlußwort, ohne auch nur mit einem einzigen Wort die Diktatur des Proletariats zu erwähnen, folgendermaßen: „Der heutige Staat wächst in den Zukunftsstaat hinein, gerade wie der Zukunftsstaat schon in dem heutigen Staat drinsteckt" (siehe „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags zu Halle a. d. Saale vom 12.—18. Oktober 1890", Berlin 1890, S. 157—181 und 199 bis 207).

<sup>114</sup> Ueber Bebel siehe Anmerkung 51. Ueber seinen ablehnenden Standpunkt zur Veröffentlichung der Marxschen „Kritik" siehe S. XV und Anmerkung 100.

<sup>115</sup> Dieser Vorwurf richtet sich in erster Linie gegen Kautsky. Kautsky wollte den Eindruck abschwächen, der durch die Marxsche Kritik am Lassalleantertum in den führenden Kreisen der deutschen Sozialdemokratie hervorgerufen wurde, und veröffentlichte in Nr. 21 der „Neuen Zeit" seinen Artikel „Unsere Programme", in dem er die praktische Bedeutung der Marxschen Kritik in jeder Weise verringerte, von ihr abrückte und die großen „Verdienste" Lassalles pries. „Und der Standpunkt — schrieb u. a. Kautsky —, den Marx Lassalle gegenüber einnahm, ist nicht der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie... Die Sozialdemokratie... steht zu Lassalle in einem anderen Verhältnis als Marx... Wie könnten wir den Mann vergessen, aus dessen Schriften wir älteren Parteigenossen alle und auch die große Mehrzahl der jüngeren ihr erstes sozialistisches Wissen, ihre erste Begeisterung für den Sozialismus gesogen haben! Wir studieren und prüfen aufmerksam, was Marx über seinen Schüler Lassalle sagte; vergessen aber nicht, daß auch dieser einer unserer ersten Meister und Vorkämpfer gewesen." („Neue Zeit", Februar 1891, Bd. I, S. 680.) Gerade diese falsche, opportunistische Einschätzung Lassalles rief Engels' scharfe Charakteristik Lassalles als Agitator und Lassalles als „Führer" hervor.

<sup>116</sup> Lassalle führte als Advokat ein Jahrzehnt hindurch (1845—1854) den sehr verwickelten und damals sehr „sensationellen" Ehescheidungsprozeß der Gräfin Sophie Hatzfeld (1805—1881), und zwar führte er ihn mit allen möglichen „Advokatenricks".

<sup>117</sup> Während des Sozialistengesetzes (1879—1890), wo alle legalen Arbeiterorganisationen verboten waren, war die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das oberste Parteiorgan. Trotz des Vorhandenseins einer bedeutenden Zahl von Opportunisten in der Fraktion lag die Führung in den Händen Bebel's, der sich auf die Parteimassen und auf das illegale, in Zürich, später in London erscheinende Zentralorgan „Der Sozialdemokrat" stützte, das im großen und ganzen nach den Anweisungen von Engels redigiert wurde.

<sup>118</sup> D. h., der Lassalleaner, des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, dessen Führer 1864—1871 Johann Baptist Schweitzer (1833—1875) war. Er war Redakteur des Zentralorgan's, Parteivorstandes, Reichstagsabgeordneter. Er setzte die Lassalle'sche Politik des Liebknechts mit Bismarck fort, der, wie es sich vor einigen Jahren herausstellte, diese Zeitung finanzierte. Den Spuren Lassalles folgend, leitete Schweitzer den Arbeiterverein in diktatorischer Weise. Es suchte seine diktatorische Macht auch dann noch zu

verteidigen, als gegen ihn eine starke Opposition entstand; er versuchte diese seine Macht auch auf die Gewerkschaftsorganisationen auszudehnen, mit deren Gründung er — allerdings unter dem Druck der Massen — im Jahre 1868 begann.

<sup>119</sup> Der Redaktionsartikel im „Vorwärts", dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, vertrat den offiziellen Standpunkt des Parteivorstandes zur Veröffentlichung der Marxschen „Kritik". Der Artikel verurteilte aufs heftigste die Marxsche Einschätzung Lassalles und rechnete es der Partei als Verdienst an, daß sie trotz der Ansicht von Marx den Entwurf des Gothaer Programms angenommen hatte. In dem Artikel wurde weiter behauptet, die Entwicklung der Partei habe gezeigt, daß Marx im Unrecht war, und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteivorstand auf keinen Fall ihre Zustimmung zur Veröffentlichung der Marxschen „Kritik" gegeben hätten. In diesem Artikel wurde übrigens auch erklärt: „Die deutschen Sozialdemokraten sind keine Marxianer, keine Lassalleaner — sie sind Sozialdemokraten."

<sup>120</sup> Liebknecht hatte die Absicht, einen speziellen Artikel in der „Neuen Zeit" über die Geschichte des Gothaer Programms zu veröffentlichen, einen Artikel, der nach der Meinung Kautskys „eine Geschichte unseres Parteiprogramms überhaupt und besonders jener Verhältnisse geben soll, die bewirkten, daß 1875 das Gothaer Programm als der Ausdruck des theoretischen Bewußtseins der Mehrheit der Partei gelten konnte." „In dieser Beziehung — schrieb Kautsky in dem erwähnten Artikel „Unsere Programme" — bedarf der Brief einer Ergänzung. Engels konnte sie nicht geben."

<sup>121</sup> Gemeint ist die vierte Auflage des Buches von Engels „Die Entstehung der Familie, des Privateigentums und des Staats". Diese Ausgabe erschien im Stuttgarter Parteiverlag mit einem neuen ausführlichen Vorwort von Engels, das vom 16. Juni 1891 datiert ist.

<sup>122</sup> Richard Fischer (1855—1926) — Mitglied des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Leiter des Berliner Parteiverlags.

<sup>123</sup> 1891 schrieb Engels Vorworte zu den neu herausgegebenen Schriften von Marx: „Der Bürgerkrieg in Frankreich", „Lohnarbeit und Kapital" sowie zu seiner eigenen Schrift: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" (alle drei erschienen im Berliner sozialdemokratischen Parteiverlag).

<sup>124</sup> Der von Marx und Engels im März-Mai 1875 kritisierte Programm-entwurf wurde auf dem Einigungsparteitag der Eisenacher und Lassalleaner in Gotha am 25. Mai 1875 angenommen. Der Parteitag nahm einige Änderungen und Ergänzungen im Text vor. Abgesehen von einigen Ergänzungen in den konkreten Forderungen führen wir alle diese Änderungen in den Anmerkungen an. Alle neuen Formulierungen, auf die, wenn auch in geringem Maße, der Einfluß der Kritik Marx' sich geltend machte, sind von uns durch Sperrung hervorgehoben worden; jedesmal wird auf die betreffende Stelle in der „Kritik" hingewiesen. Der Leser kann sich selbst davon überzeugen, daß die Hinweise von Marx nur in einem sehr geringen Maße berücksichtigt worden sind. — Das auf dem Parteitag angenommene Programm erhielt den Titel: „Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" und im Text ist überall „Deutsche Arbeiterpartei" durch „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" ersetzt worden.

<sup>125</sup> Der vom Parteitag endgültig angenommene Text lautet: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringend"

gende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen“.

<sup>126</sup> Der endgültige Text lautet: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrags“. Siehe S. 6.

<sup>127</sup> Der endgültige Text lautet: „Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen“. Siehe S. 13 ff. und 22—23.

<sup>128</sup> Der endgültige Text des zweiten Teils dieses Punktes lautet: „... erstrebt... die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“. Siehe S. 16.

<sup>129</sup> Der Teil A ist mit dem Teil B und der Teil C mit dem Teil D vereinigt worden. Der einleitende Satz des ersten Teils, der aus sechs Punkten besteht, lautet: „Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates“. Die im Programmentwurf enthaltenen Worte „als freiheitliche Grundlage“ sind ausgelassen. Siehe S. 21.

<sup>130</sup> In der endgültigen Fassung ist dieser Satz weggefallen.

<sup>131</sup> Dieser Punkt wurde ausgelassen (siehe S. 25), zu dem nächsten, vierten Punkt aber hinzugefügt: „Abschaffung aller Ausnahme Gesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Forschen und Denken beschränken“; zum sechsten Punkt wurde hinzugefügt: „Erklärung der Religion zur Privatsache“.

<sup>132</sup> Im endgültigen Text lautet die Einleitung des zweiten Teils, der 8 Punkte enthält, folgendermaßen: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft.“

<sup>133</sup> In der endgültigen Fassung ist dieser Satz weggelassen worden.

<sup>134</sup> Im endgültigen Text heißt es: „Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag“. Siehe S. 26.

<sup>135</sup> In der endgültigen Fassung heißt es: „Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit“. Siehe S. 26.

<sup>136</sup> Im endgültigen Text heißt es: „Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte“. Siehe S. 26.

## NAMENVERZEICHNIS

Die Namen von Marx und Engels sind nicht aufgenommen worden, ebenso einige Namen, die nur beiläufig erwähnt werden.

- |   |  |
|---|--|
| <i>Auer</i> , S. 39, 47   | <i>Kautsky</i> , S. 49 ff., 57—59  |
| <i>Bakunin</i> , Bakunismus, S. 38, 48, 69, 76; siehe auch im Sachregister unter Anarchisten. | <i>Lange</i> , S. 16   |
| <i>Bebel</i> , S. 31 ff., 39, 44 ff., 47, 50, 55—59, 67—70, 74—77, 78, 83                     | <i>Lassalle</i> , S. 5—8, 12 f., 16 f., 19, 31 ff., 37, 41, 44 f., 47, 60 f., 64, 78 f., 86 ff |
| <i>Becker</i> , S. 40, 46   | <i>Liebknecht</i> , S. 37 ff., 45, 47, 50, 52, 69 f  |
| <i>Bernstein</i> , S. 58  | <i>Marat</i> , S. 13   |
| <i>Bismarck</i> , S. 13 ff  | <i>Malthus</i> , S. 16, 33 f   |
| <i>Bracke</i> , S. 34, 39 ff., 41 ff., 44 f., 78  | <i>Pannekoek</i> , S. 58   |
| <i>Bucharin</i> , S. 58 f   | <i>Plechanow</i> , S. 57   |
| <i>Buchez</i> , S. 19, 34   | <i>Proudhon</i> , S. 35  |
| <i>Dietz</i> , S. 50, 52  | <i>Ramm</i> , S. 38  |
| <i>Fischer</i> , S. 52  | <i>Ricardo</i> , S. 34   |
| <i>Geib</i> , S. 39, 47   | <i>Rousseau</i> , S. 4   |
| <i>Gögg</i> , S. 34   | <i>Schweitzer</i> , S. 51  |
| <i>Hasenclever</i> , S. 31, 37  | <i>Sonnemann</i> , S. 42, 46   |
| <i>Hasselmann</i> („Berliner Marat“), S. 13, 31, 37   | <i>Stieber</i> , S. 43   |
| <i>Hatzfeld</i> , S. 50   | <i>Tessendorf</i> , S. 43  |
| <i>Hirsch</i> , S. 43   | <i>Tölcke</i> , S. 31, 37  |
|   | <i>Vahlteich</i> , S. 42, 45   |

## SACHREGISTER

Das Register behandelt nur die wichtigsten Fragen, die im Text der „Kritik des Gothaer Programms“, der Briefe und Auszüge aus den Werken Lenins erwähnt werden.

- Allgemeiner deutscher Arbeiterverein*, S. 51.  
*Anarchisten*: Ueber den Staat, S. 35—37, 55 ff, 74—76, 93;  
 Anarchisten und Marxisten, S. 48.  
*Arbeit*, S. 3 ff; und Natur, S. 3; als Quelle des Reichtums und der Kultur, S. 3 ff; Kinderarbeit, S. 26; Frauenarbeit, S. 26; unter dem Kommunismus, S. 90 f; produktive Arbeit und Unterricht, S. 26.  
*Arbeitslohn*, S. 17.  
 „*Bürgerliches Recht*“ unter dem Sozialismus, S. 10, 66, 89, 90, 92, 94; siehe auch: Gleiches Recht.  
*Demokratie*, bürgerliche, kapitalistische, S. 63, 81 ff, 89; und Gleichheit, S. 95; und Kampf des Proletariats gegen Kapitalisten, S. 95; proletarische Demokratie, S. 64, 70 ff; vollständige Demokratie, S. 64; Vulgärdemokratie, S. 23, 62; und proletarische Revolution, S. 71; „*Kommunistisches Manifest*“ über Demokratie, S. 71—73, 81.  
*Demokratische Republik*, S. 23, 81.  
*Deutsch-französischer Krieg 1870—1871* und die deutschen sozialistischen Arbeiter, S. 32—33.  
*Deutsche Sozialdemokratie 1871—1914*, S. 82.  
*Diktator des Proletariats*, S. 22, 61—63, 71—73; und Demokratie, S. 81 ff.  
 „*Ehernes Lohngesetz*“, S. 16—17, 32—33.  
 „*Eine reaktionäre Masse*“, S. 12—13, 32, 67.  
 „*Freiheit*“ der kapitalistischen Gesellschaft, S. 81. „*Freiheit*“ und „*Gleichheit*“, S. 36, 57, 68—69; „*Freiheit der Wissenschaft*“, S. 25, 35; „*Gewissensfreiheit*“, S. 25, 35; Freiheit unter dem Kommunismus, S. 36, 83 ff.  
 „*Freier Staat*“, „*freier Volksstaat*“, S. 21, 35—36, 55—56, 74.  
*Friedens- und Freiheitsbund (Internationaler)*, S. 14, 22, 33.  
*Genossenschaften*, siehe „*Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe*“.  
*Gerechte Verteilung*, S. 6 ff.  
*Gerechtigkeit*, S. 6 ff, 88.  
*Gewerkschaften*, S. 35, 68.  
*Gleichheit*, S. 10—11, 36, 65—66, 87—88; formale und faktische Gleichheit, S. 95—96.  
*Internationale Arbeiterassoziation (I. Internationale)*, S. 6, 13, 14, 33;  
 Haager Kongreß, S. 48.  
*Internationalismus*, bürgerlicher, S. 16; proletarischer, S. 14, 32—33.  
 „*Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen*“, S. 11, 90 ff.  
*Kantakyanerium*, S. 62.

- Kleinbürgertum in Deutschland in den 60er—70er Jahren*, S. 32.  
*Kommunistische Gesellschaft*: erste, niedrigste Phase, S. 9 ff, 64 ff, 86—90, 94, 97; höhere Phase, S. 11, 66—67, 90—9; Entwicklung, S. 79—80, 88, 94; Rechnungslegung und Kontrolle unter dem Kommunismus, S. 97 f.  
 „*Kulturkampf*“, S. 25.  
*Lassalleaner* und Eisenacher, S. 31 ff, 39—40; spezifische, S. 47.  
*Lassalleanerertum*: siehe „*unverkürzter Arbeitsertrag*“; „*ehernes Lohngesetz*“; „*eine reaktionäre Masse*“; „*Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe*“.  
*Normalarbeitstag*, S. 26.  
*Pariser Kommune*, S. 35, 56, 60, 68, 74—75, 83.  
 „*Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe*“, 19—20, 34, 44.  
*Programm der Partei*: seine Bedeutung, S. 37, 39—40, 69.  
*Recht*, S. 10—11, 76; bürgerliches, siehe unter „*Bürgerliches Recht*“; gleiches Recht, S. 10—11, 64—66, 88; in der ersten Phase des Kommunismus, S. 10—11, 88—89; siehe auch „*Gleichheit*“.  
*Religion*, S. 25.  
*Sektierer*, sozialistische, S. 7.  
*Sklaverei (der Lohnarbeiter)*, S. 17—18.  
*Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten*, S. 86, 93.  
*Staat*: Absterben, Auflösung im Sozialismus-Kommunismus, S. 36, 55—57, 63, 70, 78—79, 83 ff, 98; „*Kommunistisches Manifest*“ über Absterben des Staates, S. 35, 71—73, 81; „*Elend der Philosophie*“ darüber, S. 35, 70 bis 71; beim Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus, S. 82 ff; proletarischer Staat, S. 35—36, 63, 70—73, 95 ff; ökonomische Grundlagen des Absterbens, S. 78—98; Staat und Gesellschaft, S. 21; Staat vom Typus der Kommune, S. 35, 36, 55—57; Wesen des Staates, S. 21—22, 39 ff, 55 ff, 83 ff; bürgerlicher Staat, S. 21 ff, 60 ff, 80, 85; bürgerlich-junkerlicher deutscher Staat, S. 23; Verfälschung der Lehre von Marx und Engels über den Staat durch die Opportunisten, S. 57.  
*Steuern*, S. 24.  
*Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus*, S. 22, 60 ff, 80—86.  
*Unterricht in Verbindung mit produktiver Arbeit*, S. 36.  
 „*Unverkürzter Arbeitsertrag*“, S. 4 ff, 64, 86.  
*Verteilung und Produktionsweise*, S. 11—12; Verteilung der Konsumtionsmittel in der ersten Phase des Kommunismus, S. 8 ff, 64 ff, 80 ff; in der höheren Phase des Kommunismus, S. 11, 66—67, 90 ff; Verteilung der Arbeit in der ersten Phase des Kommunismus, S. 85 ff.  
*Volksbildung*, S. 24—25.  
*Volkspartei*, Deutsche, S. 22, 32, 42, 44.  
 „*Volksstaat*“ siehe „*Freier Staat*“.

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort . . . . .	v
<b>KARL MARX: KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS</b>	
Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei	1
<b>Briefe von Marx und Engels über das Gothaer Programm</b>	
Engels an Bebel, 18. (28.) März 1875 . . . . .	31
Marx an Bracke, 5. Mai 1875 . . . . .	39
Engels an Bracke, 11. Oktober 1875 . . . . .	41
Engels an Bebel, 12. Oktober 1875 . . . . .	44
Engels: Vorwort zur „Kritik des Gothaer Programms“	47
Engels an Kautsky, 23. Februar 1891 . . . . .	49
<b>Lenin über die „Kritik des Gothaer Programms“</b>	
Aus dem Heft „Der Marxismus über den Staat“ . . . . .	55
Aus „Staat und Revolution“ . . . . .	74
<b>Programm der Deutschen Arbeiterpartei. Entwurf</b>	99
<b>Anhang</b>	
Anmerkungen . . . . .	105
Namenverzeichnis . . . . .	127
Sachregister . . . . .	128